

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 30, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt 9, Nr. 688
Redakteur: Heinrich Bürger

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint alle 14 Tage Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)
2 Mk. Postzeitungsliste Nr. 3164

Redaktionschluss: Sonnabend vor dem Erscheinen.

Die Gewerkschaft erscheint in einer Auflage von 22000 Exemplaren.

Inhalt.

Die städtischen Arbeiter von Paris und ihre Organisation. II. — Der Pforsheimer Gasarbeiterstreik. — Konferenz der süddeutschen Filialen am 4. und 5. September 1905 in Stuttgart. — Der Hamburg-Debsdorfer Friedhof und die Lage der dort beschäftigten Angehörigen. — Und noch einmal die Delegiertenfrage für Gasarbeiter. — Aus unserer Bewegung. — Abrechnung der Hauptkasse vom II. Quartal 1905. — Aus den Gemeinden. — Verbands- teil. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Briefkasten. — Anzeigen.

Die städtischen Arbeiter von Paris und ihre Organisation.

II. Die Erfolge der Organisation.

Wir haben gesehen, daß im zweiten Halbjahre 1887 sich die ersten Organisationsversuche städtischer Arbeiter in Paris vollzogen. Es dauerte einige Zeit, bis ihre Bestrebungen zum Nutzen der Mitglieder fühlbar wurden. In den Anfängen des Streikens und Streik- beendungen stellte ein Programm auf, in dem sie vor allem Interesse bekundeten für die Wähler der Gemeinde. Aber da die Erfolge schiefen, so löste sie sich im zweiten Halbjahre 1891 auf. Sie bestand die Ver- besserungen ihrer Arbeitsbedingungen im höheren Maße den An- forderungen der Organisation der anderen städtischen Arbeiter als ihren eigenen. Im Jahre 1891 erzielten bloß die Arbeiter der städtischen Wasserwerke Verbesserungen. Zahlreiche Ein- gaben einzelner Arbeiter gegen den Gemeinderat in um die Ausdehnung dieser Vorteile auch den anderen Gruppen städtischer Ar- beiter zuzuführen zu lassen. Diese Petitionen wurden einer am 20. Dezember 1891 eingesetzten Kommission übergeben. Diese wurde beauftragt, auch die Wünsche nach einer Lohnerhöhung einzel- ner Gruppen städtischer Arbeiter zu untersuchen. Der Gemeinderat be- schloß am 21. März 1891 für die Baumarbeiter, im ganzen für 2000 Arbeiter, Petitionen anzuführen, und zwar von 500 Frs., 1000 Mk., falls sie 65 Jahre alt und 12 Jahre im städtischen Dienste tätig waren.

Vom Jahre 1890 ab begannen die Organisationen der städtischen Arbeiter ruhiger zu werden und an den Gemeinderat von Jahr zu Jahr häufigere Petitionen und Beschwerden zu richten. In den ersten Monaten des Jahres 1892 nahm die Kammer der Gemein- depräsidenten einen großen Umfang an. In der Sitzung des Gemein- derats vom 22. Juli 1892 stellte der spätere Arbeitsschlichter Pierre Baudin einen Entschuldigungsantrag, der von dem Gemeinderat ausging, daß die Löhne der städtischen Arbeiter und Angehörigen fast stets niedriger waren, als die Löhne der Arbeiter in Privatbetrieben, und daß das Recht auf den Urlaub und eine Pension einem großen Teil der städtischen Arbeiter und Angehörigen nicht eingeräumt sei und daß ihnen deswegen ein Wunderman von Tag und Monats- lohn zu garantieren sei. Baudin und eine große Anzahl anderer Gemeinderäte machten folgende Vorschläge: Dem Arbeiter und Staatsarbeiter der Stadt sollte mit monatlich 5 Frs., 1 Mk., im Tag, bzw. 100 Frs., 120 Mk., im Monat ausbezahlt werden. Eine allgemeine Pension der Väter sollte eingeführt werden, dem Gesichts- punkte anderer Bezüge bzw. Entschädigung für althergebrachte Leistungen. Eine Camille von 200000 Frs., 100000 Mk., sollte fortan zur Bestimmung der Erbverhältnisse anzuwenden werden, um eine allgemeine Erhöhung der Löhne den Arbeitern der Stadt Paris

während der zweiten Hälfte des Jahres 1892 zu sichern. 85 gegen 30 Stimmen erklärten sich für die Dringlichkeit des Antrages, der Antrag selbst wurde vor allem von dem Präsidenten bekämpft, aber schließlich mit 85 gegen 34 Stimmen angenommen. Aber dieser Be- schluß wurde nicht durchgeführt. Bei der Beratung des nächsten Etats wurde ein außerordentlicher Kredit von 1475000 Frs., 1180000 Mk., eröffnet, um die vorher beschlossene Steigerung der Löhne für das zweite Halbjahr 1892 auszahlen zu können. Außer- dem wurde ein Kredit von 2000000 Frs., 2520000 Mk., bewilligt, um im Jahre 1893 die gleichen Löhne auszahlen zu können. Ferner wurde beschlossen, den Entwurf eines Reglements für die Arbeits- bedingungen in den Bauhöfen einzufordern mit folgenden Grund- sätzen: Lohnminimum von 1500 Frs., 1200 Mk., zwei Ruhetage im Monat mit der Bedingung, daß die zwei anderen Sonntage mit $\frac{1}{2}$ des neuen Monatslohnes zu bezahlen sind. Die Hebertunden sollten mit $\frac{1}{2}$ des Tagelohnes bezahlt werden. Genosse Voissant stellte zu dem Antrage Baudin einen Ergänzungsantrag, in dem festgelegt wurde, daß die bezüglichen Beschlüsse nur der Anfang einer Regelung der Arbeitsverhältnisse sein sollten und daß vor allem die beschlossenen Löhne als Anfangslöhne zu betrachten seien, und daß erwartet wurde, daß die Arbeiter mit diesen Löhnen noch und nach in höhere Ränge bzw. Lohnhöfen gelangen könnten. Mit den Beschlüssen über diese beiden Anträge begann die städtische Politik mit größerem Eifer für die Verbesserung der Lage der städtischen Arbeiter zu wirken, insbesondere deswegen, weil von nun ab, wie wir ja schon in unserem ersten Artikel gesagt haben, die Organisation der Arbeiter einen kräftigen Anlauf nahm und zu einer eindrucksvollen Stärke gedieh. Die Arbeiter begannen nun auch ihre Forderungen genauer zu formulieren, so verlangte vor allem die Gewerkschaft der Maschinenbauer, daß eine Kommission aus Gemeinderäten und Vertretern der Gewerkschaften eingesetzt werde, die untersuchen sollte, ob es nicht möglich sei, die Hebertunden durch Verwendung einer größeren Anzahl von Arbeitern entbehrlich zu machen. Die Frage der Lohnerhöhung unter dem Gesichtspunkte erwarb sollte, daß die von ähnlichen Arbeitern der Privatbetriebe geforderten Maßnahmen von der Stadt durchgeführt werden. Hierzu kamen noch die Forderungen des Aufhören der Sonntagsarbeit und des Bezahle der Arbeitslosigkeit. Später kamen die Wünsche nach einer Invalidenversicherung der Arbeiter ohne Altersgrenze von 500, 800 Frs., 100, 150 Mk., die nach Zubehörender Dienstzeit zu beanspruchen waren, ohne daß die Arbeiter beitragspflichtig ge- macht werden sollten. Die Hälfte dieser Invalidenpension sollte der Witwe angeschlossen werden, die dem die direkten Erben den Lohn für den laufenden Monat ausbezahlt erhalten sollten. Weiter wurde beantragt, ein jährlicher Urlaub, eine Verminderung der Probezeit, eine Unterbindung der Strafen und der Verpflichtung einer Präsenzzeit in den Kontrollämtern, Verbesserung und Verbesserung des Gesundheitszustandes der Anwesenheitsräume, Verbesserung der Arbeitsfelder, Ersetzung der selbst zu erhebenden Zubehöre durch mechanisch bewerkte. Diese und ähnliche Forderungen wurden von allen Gewerkschaften der städtischen Arbeiter aufgestellt. Ein Teil derselben wurde im Dezember 1893 in einer Eingabe an den Ge- meinderat formuliert; im Jahre 1895 wurde einer Reihe dieser Forderungen Lösung angetragen.

1891 wurden die Arbeitsbedingungen der Gärtner, vor allem die Löhne verbessert, eine ganze Reihe von Petitionen städtischer Arbeiter, einzeln in jener Zeit den Gemeinderat vorzutragen. Am 27. Dezember 1894 wurden neue Erhöhungen der Löhne bewilligt, es wurde für die Maschinenbauer eine Fernstudie ein- gerichtet, zu der sie freilich Petitionen zu stellen hatten, dann erhielten sie zwei Ruhetage im Monat bezahlt.

Das Jahr 1895 wurde eine sehr bedeutungsvolle Reformen für die Arbeiter der Stadt Paris. Es wurde beschlossen, daß die Arbeiter der technischen Betriebe eingeteilt wurden in definitive und

in Hilfsarbeiter (proviserisch angestellte), die nur zeitweise oder probeweise tätig seien und kein Anrecht auf Pensionen und auf Pension hatten. Die definitiven Arbeiter wurden angestellt durch den Profekten, die Hilfsarbeiter durch die Inspektoren. Wenn Arbeiter toll entlassen werden dürfen ohne von dem leitenden Beamten seiner Abteilung gehört worden zu sein, so sollte ein Arbeiter nur werden, wenn er ein Jahr hindurch Hilfsarbeiter gewesen. Der Antrag, daß die Stellung des Leitenden und Schreibens keine Verbindung für das Fortbleiben der Arbeiter insbesondere in den Abteilungen für Straßenreinigung und für Chausseebau sein müßte, wurde abgelehnt. Es soll nur eine Klasse von Hilfsarbeitern, aber verschiedene Klassen von definitiven Arbeitern mit verschiedenen Löhnen auf Grund besonderer Leistungen geben. Die normale Arbeitszeit sollte 10 Stunden betragen, falls der Arbeiter nicht bei einer Woche tätig ist. In diesem Falle 11 Stunden am Tage und 12 Stunden des Nachts. Alle 14 Tage sollte der Arbeiter das Anrecht auf einen Arbeitstag haben. Zweimal im Monat sollte der Lohn ausbezahlt werden. Ein Urlaub von 10 Tagen bei Verlassen des Lohnes sollte den dauernd tätigen Hilfsarbeitern und den definitiven Arbeitern zugesichert sein. Ebenso sollte während der militärischen Leistungen der Lohn fortgezahlt werden. Im Falle eines Arbeitsunfalles soll der Lohn bis zur völligen Heilung im Falle der Krankheit während eines Jahres gezahlt werden, nachher sollte die Bewältigung entscheiden, ob der ganze Lohn oder ein Teil des Lohnes oder eine Pension an den Arbeiter auszurichten sei. Eine Reihe weiterer Artikel betrafen das Strafrecht. Die Verpflichtung, eine Unfallkasse anzuschließen, wurde ausgedehnt. Gleich nachdem diese Beschlüsse zugunsten der technischen Arbeiter gefaßt worden waren, wurden sie auf die Arbeiter aller Kategorien der Stadt ausgedehnt.

Am gleichen Jahre wurde das System der jährlichen Miterkennungsmitteln für die Arbeiter erörtert, es wurde auch ein demeritiges System beschlossen, das den Arbeiter in Abhängigkeit bringt. Hieran wurde sich eine energische Motionen der Gewerkschaft, was den Gemeinderat veranlaßte, seine Verbindlichkeit wieder aufzuheben und die vom 1. Januar angedachten Abzüge an die Arbeiter zurückzuführen zu lassen. Eine Erledigung der Frage konnte erst das Jahr 1896.

In den folgenden Jahren richteten sich die Bemühungen der Gewerkschaften auf eine Ausgleichung der Löhne in den verschiedenen industriellen Verrichtungen. Der Gemeinderat beschloß, diesen Wünsche Rechnung zu tragen, indem er für das Rechnungsjahr 1897 einen Kredit von 200.000 M. eröffnete. Dieser Zweck sollte erreicht werden oder nicht durchzuführen, weil die erforderlichen Grundlagen für die Ausgleichung der Löhne fehlten. In weiteren Besprechungen wurde diesen Wünschen der Arbeiter Rechnung getragen.

In die folgenden Jahre zielten die Bemühungen der Gewerkschaften verhältnis zu regeln. Ein eigener Verband industrieller Gewerkschaften wurde zu dem Zwecke gegründet, um diese Frage in Angriff zu fassen. Die Arbeiter der weiten Gewerkschaften erklärten sich bereit, von ihrem Jahre 4 Proz. für die Zwecke der Pensionsversicherung in Abzug bringen zu lassen, wenn die Straßensäulen und entsprechende Aufhänger der Stadt zur Aufsammlung der notwendigen Fonds verwendet wurden. Es wurde beschlossen, daß 4 Proz. vom Jahre zurückgehalten und auf den Namen jedes einzelnen Arbeiters angelegt wurden. Die Stadt verpflichtet sich, monatlich für jeden Arbeiter 750 M. oder 6 M. gleichfalls anzulegen. Die Pensionsversicherung solle mit 50 Jahren beginnen, sie muß aber mit dem vollendeten 65. Lebensjahre eintreten. Lohnabzüge und Beiträge der Stadt hören auf, sobald der Arbeiter das Recht auf eine Pension von 1200 M. erworben hat. Im Falle des Eintritts eines definitiven Arbeiters wird die Hälfte der Abzüge und der Beiträge der Stadt für jeden einzelnen Ehegatten vericherungspflichtig angesetzt. Verschiedene Bestimmungen regeln die Verhältnisse, wenn ein oder der andere Ehegatte stirbt. Die Bestimmungen betreffen die Höhe der Pension vor Eintritt der Berechnung im Falle schweren Unfalles oder frühzeitiger vorzeitiger Schicksale. Die Vorarbeiter usw. sind den gleichen Bestimmungen wie die Arbeiter unterworfen.

Nachdem so durch ein Reihe großer Leistungen eine allgemeine Regelung der Arbeiterverhältnisse für die Stadt fertig gestellt worden war, wurde in den folgenden Jahren eine Reihe weiterer Bestimmungen für einzelne Arbeitergruppen getroffen, durch die die Lage derselben in mancher Hinsicht gebessert wurde. Im aber unsere Ausführungen nicht ausreichte auszudehnen, beschränken wir uns auf diese allgemeinen Darlegungen, die sowohl für unsere organisierten Kollegen für ihre Motionen und für die Durchführung ihrer Forderungen wertvoll sind, und auch für die Verwaltungen der Deutschen Städte sehr lehrreich sein dürften. —

Der Pforzheimer Gasarbeiterstreik.

Am Freitag, den 5. September, legten im industriellen Gaswerk 78 Kollegen die Arbeit nieder, um den Mahnrufschreien der Zechen und der Gasstemmissionen entgegenzusetzen. Bereits im Juli waren die Gasarbeiter schon nahe daran, die Arbeit niederzulegen, als die Zechen sich weigerten, die von dem Stadtrat festgesetzte Vergütung von 46 Pf. pro Tag zur Auszahlung zu bringen,

und nur dem energischen Einschreiten der Organisationsleitung trat es ab.

In der Folgezeit zeigten sich wieder weitere Mängel, und zwar in der Malmung, die ein von der Werkverwaltung besetzter Ausschussleiter inne hat, der neben seinem regelmäßigen Lohn für das Abfüllen des Mastenbieres pro Liter 1 Pf. Entschädigung erhält und außerdem noch den Gewinn an den Speiser bezieht. Diese Verhältnisse nun geradezu annehmbare Zustände. Die Kollegen wurden nicht gerechtfertigt, so daß sich mehrere Schwänke und Mafas im Ufer voranden. Das für Verbesserung verantwortliche Komitee um grötzen Teil die Arbeit nieder. Die Arbeiter verstanden nun, daß mit diesen Zuständen aufgeräumt, der Ausschussleiter entsetzt und das Bier von der Brauerei direkt abzufüllen bezogen würde.

Der Vorsitzende der Kollege, Kollege Gurtsch, wurde eines Mitsiedes im Arbeiterausschuss des Gaswerkes, wurde beauftragt, die Beschwerden an manachender Stelle vorzutragen und für Abklärung zu sorgen. Hier machte sich nun unermüdete Widerstand geltend, indem der Reichsverwalter angeordnet und dann dem Ausschussleiter die Zusage gehalten wurde. Zwischen ihnen wurden die Kollegen noch erfahren, daß der Direktor erklärt hätte, es müßte ein vollständig neuer Vertrag im Gaswerk abgeschlossen, d. h. die alte, nahezu vollständig organisierte Mannschaft müsse durch unorganisierte Leute ersetzt werden. Die Gasarbeiter fanden sich, als man dem Kollegen Gurtsch einen befristeten Urlaub von 4 Tagen bewilligte, während dieser Zeit jedoch fragerte, Man habe fabrikweise und streikweise mit einer Reihe von Arbeitern anstelle, um Material gegen Gurtsch zu sammeln. Dieses ist aber zu maßer aus, daß man nicht einmal der Mut hat, in daselbe eine auf das Rathaus ersandten demontieren Grund zu geben, Inwieweit dies nicht wahr ist, wohl auf seine Worte mit den Worten: „Hier ist das Material“ aber in Leben bekam es niemand.

Als Gurtsch vom Urlaub zurückkehrte, erhielt er am einen Tage sofort die Mitteilung, daß er mit Voransicht abzahlung eines 14-tägigen Lohnes entlassen sei.

Für die organisierten Kollegen unterlag es nun keinem Zweifel, daß die Zusage nicht allem dem Kollegen Gurtsch galt, sondern daß man die Organisierten treffen wollte, trotzdem der Stadtrat erklärte, daß das Wahlrecht nicht anzuhaben würde.

Es wurde nun von der Organisationsleitung alles versucht, um die bestehenden Differenzen zu beseitigen, aber man arbeitete fortwährend Gasstemmission, deren Vorsitzender der Pforzheimer Zeitungsmacher, Handelskammerpräsident C. W. Maier ist, insbesondere darauf hin, daß die Stadt heranzuziehen würde. Da mit dem Hungerkämpfen keine Hoffnung besteht, so werden die Kollegen die von der Stadtverwaltung, Reichsverwalter, Josef Pflaum und dem Stadtverordneten Reichsverwalter, Pflaum, um den Frieden zu erhalten, sein können, daß sie sich auf Verhandlung von Arbeitern in Berlin erklärte, wenn Gurtsch in einem anderen hiesigen Betrieb mit einer kleinen Anzahl und Kollegen entsprechende Arbeit weiterbeschäftigt wurde.

Sie sind neben die amtsenden Bürgermeister, Holzwart und Zanderer, wie auch der Vorsitzende der Gasstemmission, die Einmischung und Herr C. W. Maier, vor, in der nächsten, am 7. September stattfindenden Stadtratssitzung einen diesbezüglichen Antrag zu stellen und zu vertreten.

Doch es kam anders!

Der Stadtrat Pforzheim, ausgleich Vorsitzender der „Christlichen Gewerkschaften in Pforzheim“ (und seine Zeit), um die die Arbeiter der Sodafabrik, von Mitarbeiter aus, absondere Eingabe an den Stadtrat mit in untersuchen, und der Stadtrat C. W. Maier wurde vor der Stadtratssitzung nach notwendig auf einen halben Tag vertrieben.

Die Gasarbeiter haben nun, daß sie die angesprochen waren, sobald von dem „Christlichen“ Stadtrat, Zechen und Gewerkschaftsvereinigungen, wie auch von dem Stadtrat Maier. Die Erbitterung darüber brach sich in die Arbeit nieder und es wurde beschlossen, von dem Stadtrat bis spätestens Donnerstag, den 7. September, abends, Antwort zu verlangen.

Diese Antwort blieb aus, indem man die Einwirkung einer Stadtratssitzung gar nicht vernahm.

Am gleichen Abend führte eine nahezu vollständige Besetzung der Pforzheim die Arbeit so lange ruhen zu lassen, bis die Kollege Gurtsch wieder in den Betrieb eingestellt, und die Mannschaften wieder befristet. So wie der von der Zechen früher befristete Arbeitsvertrag annahm.

Von 72 Gasarbeitern trugen 68 für die Arbeitsverhältnisse, 3 wie sich später herausstellte, drückte, Tadel aus und ein Stimmzettel wurde nicht abgegeben.

Die Arbeitsverhältnisse machte verweise Antragsnamen, um sie zu beseitigen und das ganze Quantum Gas liefern zu lassen. Anzuhalten, Pflaum, Reichsverwalter, Gasarbeiter, Zechen, alle mußte Arbeiteranhänger berechnen. Dabei wurden auch ihre Worte, geblieben, um von anwärts Arbeitslosigkeit anzuweisen. Man mußte sich für Pflaum, die mit schlechteren Dreck in das Gaswerk befördert wurden, 7 M. Tagelohn und außerdem für Heber, machten in den, den Katernananziehern entsprechende Werte, die man ins Gaswerk schaffte, noch eine Entschädigung von 3 M. pro Stadt.

Spitzen hinein gab es wohl auch heitere Episoden, wie z. B. daß man von Starkeube unter allen möglichen Vorspiegelungen Arbeitserlässe herbeischaffte, die, als sie die Sachlage erkannten, wieder ausreichten, nachdem sie ausgedauert hatten.

Bereits am Vormittag des 9. September mußten die Streikenden die unangenehme Erfahrung machen, daß es die „Christlichen“ in Pforthheim genau im anderen Sinne machten und als Streifsbrecher auf Kommando ihrer Zeitung, den Ausständigen in den Rücken fielen.

Am 11. September drückte sich zwar der Vorsitzende des „Christlichen Arbeitervereins“ in einer öffentlichen Volksversammlung noch ziemlich deutlich gegen Streifsbrecher aus, indem er erklärte: Wenn die christlichen Gewerkschaftler nicht genau so viel Solidaritätsgelübde bekämen, wie die „Arbeiter“, so solle sie der Teufel holen. Zwei Tage vorher waren sie aber bereits Streifsbrecher und der Teufel hat bislang keinen Gehalt.

Eine am 9. September nachmittags stattgefundene Versammlung der Streikenden schließlich, ist mit einem, inzwischen jedem Ausständigen zugegangenen Schreiben der Direktion, durch welches jeder einzelne aufgeschiedert wurde, bis abends 6 Uhr sich zur Arbeit zu melden, widrigenfalls er unter Verzicht seiner Funktion von 18 - 24 Wk., als entlassen betrachtet werde. Bei der vorgenannten geheimen Abstimmung fand sich kein einziger Stimmzettel, der gegen Durchführung des Streiks gelautet hätte.

Einmütig wurde beschlossen, im Kampfe auszuhalten. Die ob diesem Vorhaben ziemlich verärgerte Direktion kann nun auf andere Mittel, um die Streikenden unterzukriegen. Zum Teil verdrüßte man es durch Einwirkung auf die Frauen der Ausständigen, die zum größten Teil in nächster Nähe des Gaswerks, und von denen wieder zum größten Teil in häftischen Gebäuden wohnen. Der Direktor verdrüßte sogar den mit der Verwaltung der häftischen Arbeiterwohnhäuser betrauten Beamten zu bestimmen, daß den Streikenden die Wohnung sofort gekündigt werde. Dieser Beamte besitzt nun glücklicherweise mehr Charakter und Anstand und ließ den Direktor hinstehen abfahren. Bei den Frauen hatten die Abschieden der Direktion mehr Erfolg, indem tatsächlich 9 Streikende, die im glücklichen Besitz von Kantinen sind, auf das zum Teil landgerichtliche Areal ihrer „besseren Hälfte“ abtraten. Der Verlust von anderen häftischen Betrieben, inwieweit von der Gewerkschaft unter Umständen Aufnahmefähigkeit, Arbeitsplätze zu erhalten, überwiegt ebenfalls an der Solidarität der dort beschäpften Kollegen. Drei Kollegen, die als Jubilationsbeihilfe tätig waren, und die man erwarten wollte, im Gaswerk Dienst zu tun, traten sofort zu den Streikenden über. Als alles nichts half, um genügend Hausierer zu finden, benutzte die Gewerkschaft die Mittel der Hausierer und ließ auf deren Kosten die Arbeiter in die weiter entfernten Kasernen ziehen. Einzelne dieser Arbeiter, welche jedoch keine Arbeiter in der Fabrik des Gaswerks benutzte, sagten ihrem Vorgesetzten, der Vorgesetzte in einem Kasernendort zu sein, um Arbeit zu finden in seiner Gemeinde zu fordern, beim zur Arbeit im Pforthheim Gaswerk zu kommen. So man es jedoch mit unvorsichtigen Menschen zu tun hätte, sondern die Gasarbeiter ebenfalls auf dem Land, nach Verhülle, indem in den verschiedenen Gemeinden der Pforthheimer sogar noch bereit war, die ausgedehnten Arealen, und damit die Verbreitung zu bringen. So nachfolgende Kontrolle behörig denn auch die pflichtgemäße Verbreitung.

Den Streikenden erwuchs nun ein Nachteil dadurch, daß neben dem alten Gaswerk gegenwärtig ein „Neues“ erstellt wird, und mit dem, ohne Wissen des mit der Ausföhrung betrauten Baunternehmers bei Dabingebell, kamen durch diesen Neubau eine ganze Reihe von arbeitserfähigen Bauern, die ihre Arbeit auf dem Felde nunmehr beendeten, durch die gerade stehenden Versprechungen der Werker anlockt, in das Gaswerk, indem sie vor dem Einzug zum Neubau vorarbeiten, bei dem Unternehmer beschäpft zu sein. Dadurch wieder die durch seine Anstöße auf den eigenen Geldbeutel in ihrer Entscheidung beeinträchtigten Mitglieder der Gewerkschaft.

Dem bereits am 10. September von den Ausständigen gefassten Beschluß, das Gemeindefest als Vergütungsamt anzusetzen, wurde vom Stadtrat nicht beigetreten, da man alle Hoffnungen auf den ortsüblichen Prüfling der ganzen Streikfrauen aus dem Wege zu räumen. Da einestells durch die große Anzahl von Hausierern, und andererseits durch die rasche Zurückweisung jeder Verhandlung seitens des Stadtrats es für die Streikenden klar war, daß eine weitere Fortführung des Streiks als unzulässig betrachtet werden mußte, so erklärte die am 21. September stattgefundene Versammlung der Streikenden den Streik für beendet. Das schmerzliche Entgegenkommen des Stadtrats, der auf Antrag des inzwischen aus dem Urlaub wieder zurückgetretenen Oberbürgermeisters beschloß, daß die von den ausständigen Arbeiter des Gaswerks, die auf weitere Verhandlung verhielten, sich dem Bürgermeister beim Oberbürgermeister melden könnten, konnten die Streikenden nicht auf die Probe stellen und erklärten sie, am 20. folgende anderweitige Arbeitsaufnahme, zum wenigsten eines der Ausständigen, einmütig, sich durch Unterzeichnung eines

diesbezüglicher Schriftstückes zur Arbeit zu melden.

Die Gaskommission, die darüber befand, wollte jedoch der Direktion freien Hand lassen, und diese erklärte, daß sie vorläufig Arbeiter in gleicher Anzahl habe und die Wiederherstellung der Streikenden deshalb dauernd ablehnen müsse.

Der durch das ganze Pforthheimwahrscheinlich bei Gemeindevahlen auch im „Badischen Mutterland“ allmächtige Gewerkschaftsmus hat nun seine Macht und ist sie auch aus, zudem es auf vielen der Mägenheit geht und man dem Gas gegen die Arbeiterorganisation, ohne Rücksicht auf den eigenen Vorteil die Fingel zwischen lassen kann. Die organisierten Gemeindevahlen werden aber die auf der Straße gebliebenen Kämpfer nicht im Stich lassen, sondern ihnen in jeder Beziehung unter die Arme greifen.

Für die organisierte Arbeiterkraft der Gemeindevahlen sind aber auch verschiedene Lehren aus dem vorliegenden Kampfe zu ziehen, und zwar in erster Linie, daß es schwer hält, in einer Gemeinde, deren Vertretung sich durchweg nur aus Arbeiterfreunden zusammensetzt, einen Streik zu führen, da es für die Stadterhaltung bei dem Verfügungsrecht über den allgemeinen Geldbeutel leichter ist, Erlass herbeizuschaffen, als dies ein Privatunternehmer kann. Des weiteren aber noch: „Düffel Euch vor den christlichen Bösewicht, die in Schaffsleibern zu Euch kommen.“

Konferenz der süddeutschen Filialen am 4. und 5. September 1905 in Stuttgart.

Die Konferenz wurde auf Grund eines Beschlusses der Konferenz vom 25. und 26. Dezember 1903 (siehe „Gewerkschaft“ Seite 60 ff. 1904) von der süddeutschen Sekretariatskommission einberufen.

Von 23 süddeutschen Verbandfilialen mit 4870 Mitgliedern sind vertreten 18 Filialen mit 4500 Mitgliedern durch 21 Delegierte. Es fehlen 5 Filialen. Vom Hauptvorstand ist Kollege Boersch anwesend, ferner die süddeutsche Sekretariatskommission und als Gau-Stadtvorordneter Heider, Pforthheim. Das Bureau wird wie folgt besetzt: Hedmann-Kannheim 1., Lindemann-Gannstatt 2. Vorsitzender, Scherzer-Fürth und Hüfner-Stuttgart Schriftführer.

Die Tagesordnung wird folgendermaßen festgelegt:
 1. Bericht des süddeutschen Sekretariats.
 2. Berichte der Delegierten.
 3. Beratung der Anträge.
 4. Verschiedenes.

Die der Konferenz vorzulegenden Anträge lassen wir der Reihe nach hier folgen und stellen ihr Editorial der besseren Uebersicht wegen hier gleich in Klammern an.

I. Agitation.
 Filiale München: 1. Die Konferenz möge versuchen, Mittel und Wege zu finden, um die noch stehenden Gewerkschaften mit anderen Erwerbsebenen in dem Sinne zu lösen, daß allseits der Grundgedanke anerkannt wird: Für alle im Gemeindefest bedürftigsten Personen ist der Verband der Gemeindevahlen die allein zutreffende Organisation. (Erledigt durch Resolution Schermermann.)
 2. Die Konferenz möge die Notwendigkeit der Errichtung eines Anwaltsbüros für München als dringend erachten und einen entsprechenden Antrag an den Hauptvorstand stellen. (Mit allen Stimmen angenommen.)
 Filiale Fürth: 3. Die Konferenz möge, um die Agitation intensiver betreiben zu können, für das diesjährige Sabern die Errichtung eines Anwaltsbüros beantragen. (Erledigt durch Annahme des Antrages München.)

Filiale Straßburg: 4. Den neugegründeten Filialen wird im ersten Jahre das Agitationsmaterial Druckblätter, Einladungen, Anwaltsblätter usw. nach Bedarf zur Verfügung gestellt. Der Sekretariatskommission zur Verfügung überweisen.

II. Unterstützungsgewissen.
 Filiale Erlangen: 1. Die Konferenz möge beschließen: Zum nächsten Verbandstag wird der Antrag auf Erhebung einer Kranken- und Arbeitslosenunterstützung gestellt. (Übergang zur Tagesordnung.)
 Filiale Pforthheim: 2. Die Gewährung einer Arbeitslosenunterstützung ist auch auf die Frauen der Mitglieder auszudehnen. (Erl. mit Stuttgart.)
 Filiale Nürnberg: 3. Der nächste Verbandstag möge die Einführung einer Erwerbslosenunterstützung beschließen. (Übergang zur Tagesordnung.)
 Filiale Stuttgart: 4. Die Konferenz möge beschließen: Au den nächsten Verbandstag wird der Antrag gestellt: Der § 12 des Statuts, welche lautet: „Der Verband kann in Zweifelsfällen, eines Mitgliedes oder dessen Ehefrau, eine Arbeitsunterstützung gewähren, und zwar sowohl für das Mitglied und die Ehefrau je“

| Nach | 52 bezahlten Beitragswochen | 60 Mk |
|------|-----------------------------|-------|
| 104 | " | 65 |
| 156 | " | 70 |
| 208 | " | 75 |
| 260 | " | 80 |
| 312 | " | 85 |
| 364 | " | 90 |
| 416 | " | 95 |
| 468 | " | 100 |
| 520 | " | 110 |

(Angenommen)

Artik. Wiesbaden: 5. Im Abss. 1 von § 12 des Statuts ist das letzte Wort zu streichen und das Wort „Annu“ durch das Wort „Annu“ zu ersetzen. (Zurückgezogen)

6. § 14 Abss. 1 des Statuts ist zu streichen. (Zurückgezogen)

III. Beiträge.

Artik. Stuttgarter: 1. Der nächste Verbandstag wolle den Wochenbeitrag auf 25 Pf. unter Vorbehaltung des jetzt ablaufenden Freienspruchs von 60 Pf. Bros. an die Hauptliste setzen. Durch Erklärung Feuertich erledigt.

Artik. München: 2. Auf dem nächsten Verbandstag wolle der Beitrag auf 25 Pf. erhöht werden. Durch Erklärung Feuertich erledigt.

IV. Sonstige Anträge.

Artik. Wiesbaden: 1. Der nächste Verbandstag wolle beschließen:

a) § 1 Abs. 4 des Statuts erhält folgenden Inhalt: „Beitragende sind zu wählen, nicht nur der allgemeinen Mitgliedschaft, sondern auch der Gewerkschaft.“ (Angenommen)

b) § 1 Abs. 4. Jeder Wahlberechtigte wählt auf je 300 Mitglieder einen Delegierten usw. usw. (Angenommen)

c) § 1 Abs. 7. Anträge zum Verbandstag sind mindestens 6 Wochen vorher dem Vorstande einzureichen und von diesem mindestens 1 Woche vor dem Verbandstage in der „Gewerkschaft“ zu veröffentlichen. (Angenommen)

d) Zum Programm des Verbandes: Artikel 1 Abs. 2. In nach dem Worte: „Annu“ noch einzufügen: „bis zur Höhe des Tageslohns.“ (Angenommen)

e) Artikel 1 Abs. 1 soll lauten: „Heberhunden, Sonn-, Feiertage und Nacharbeit ist mit mindestens 50 Pf. Zuschlag zu bezahlen.“ (Angenommen)

f) Artikel 1, neuer Absatz 1: Die städtischen Vorposten sind zu beschützen. Dem § 60 des Bayerischen Gewerkschaftsgesetzes in vollem Umfang Geltung zu lassen. (Angenommen)

g) Artikel 2, Abs. 1. § 1 Abs. III des Programms wird am Schluss noch anzufügen: „ohne Grundversicherung in eine andere Gewerkschaft.“ (Angenommen)

h) In Artikel 1 Abs. 1 werden die Worte: „Regenmäntel resp. Regenkleidung“ ersetzt durch: „wasserdichte Kleidung.“ (Angenommen)

i) In § 15 des Reglements für Lohnbewerungen usw. ist der letzte Satz zu streichen. (Angenommen)

Artik. Stuttgarter: 2. § 5 Abs. 2 des Statuts erhält nach dem Satze: „bis zur Dauer von 20 Wochen.“ (Angenommen)

Artik. München: 3. Die Konferenz wolle beschließen, an den Verbandsvorstand den Antrag zu stellen, daß in der „Gewerkschaft“ die Einreden und der Betrag der empfangenen Streckenveränderung veröffentlicht werden. (Angenommen)

Artik. Nürnberg: 4. Die Konferenz wolle die angedeutete Verhandlung betreffend die Beschäftigung des Verbandstages zum Gegenstand der Verhandlung machen bzw. gegen diese Verhandlung protestieren. (Abgelehnt)

Secretariatskommission: 5. Die Konferenz wolle beschließen: An den Verbandsvorstand wird der Antrag gestellt: „Es zum nächsten Erscheinen der „Gewerkschaft“ wird dem sünddeutschen Secretariat das Recht eingeräumt, monatlich ein vierseitiges Annoncen, in welchem die wichtigsten Ereignisse, die Versammlungsberichte der Ämter des Secretariatsbezirks, wie auch die etwaigen Mitteilungen des Secretariats usw. enthalten sind, herauszugeben und den Mitgliedern, entsprechend ihrer Mitgliedschaft, anzustellen.“ (Zurückgezogen) (Angenommen)

Welches Annoncen bezieht über dem Tempel als sünddeutscher Sekretar ist, ausführt: „Der Sekretar hat sich über ganz sünddeutsches Gebiet hinweg am 1. Oktober 1904 auf 2700 und bis zum 1. Juli 1905 auf 4870 Personen setzen dürfte die Zahl 5000 wohl schon überschritten sein. Die Zahl der Annoncen betrug bis zum 1. auf 25. Eine Ämter, und zwar Hauptamt, ist durch die Gewerkschaft der Schwestern wieder empfangen. Neben den Annoncen sind auch die Vorarbeiten und den sünddeutschen Annoncen demselben Kommando und wertvollere geschätzt werden, daß sie zur Aufhebung der Ämter dienen könnten. Ein Schlußwort der Individualität unserer Pader in Christe. Die Zahl der abgeleiteten Annoncen betrug 228, die der Stämme der Secretariatskommission 19. Außerdem kommen noch viele ungezählte Sitzungen mit aus-

wärtigen Ortsverwaltungen hinzu. Daraus ergab sich, daß der Sekretar außerordentlich viel in Anspruch genommen gewesen sei. Stimmt konnte der Wunsch einer Ämter nach einer Versammlung nicht berücksichtigt werden, da die vielen Anträge der Ämter bezüglich der Einreden prompt erledigt werden mußten. Die Tätigkeit des Secretariats sei im großen und ganzen sehr notwendig und auch erfolgreich gewesen. In den meisten Städten des sünddeutschen Verbandsbezirks fehlte jeder Annu einer sozialpolitischen Lebensversicherung, Arbeitsausweise, Arbeitsordnungen und Lohnkartei seien auf Anregung des Secretariats geschaffen worden bzw. in der Ausübung bearbeitet. Natürlich entsprechen die Annoncen alle den freibehaltenen Verträgen unseres Verbandes. Es sei da zu erinnern an die Annoncenblätter in Oesterreich, Ostbayern, Vorarlberg der Arbeitzeit, Entfernung und Schutzmaßnahmen, Sommerferien, Ämter, Invaliden und Hinterbliebenenversicherung, § 60 des Bayerischen Gewerkschaftsgesetzes (Differenz zwischen Lohn und Meistlohn), Verzichtung des Lohnes in anderen Fällen usw.). Alle diese Dinge hätten in der Behandlung der Einzelheiten sehr viel Arbeit, aber für die Kollegen manchen Nutzen gebracht.

Die Einreden erforderte die Annoncenkommission. Nach einem reiflichen Bedenken viele Annoncenblätter mit ihren rechtlichen Grundlagen, aber in der Praxis läßt man durch die Betriebsverträge, mittleren und niederen Lohn das Annoncenrecht aus. In diesem Punkt habe sich mancherorts, die Annoncen des sünddeutschen Annoncenblätter, hervorgehoben, indem dort den städtischen Arbeitern der Vorteil zu unserem Verbandsrecht erheben“ werden sei. Das habe natürlich zur Folge gehabt, daß sich die Annoncenstellen schärfer und tiefer dem Verbandsrecht angegliedert hätten, welches Annoncen geht sodann auf die Verhältnisse der einzelnen Ämter näher ein.

Nach ihm erhobter wolle der Vorstand als Vorsitzender der Secretariatskommission seinen Bericht, in dem er unter anderem betont, daß das Secretariatsrecht der einzelnen Ämter noch viel mehr gehoben werden müsse. Viele Ämter verlangen immer noch Geld, von der Kommission. In Rücksicht auf die jüngeren und noch zu erscheinenden Ämter sollen die Ämter künftig gehoben werden, ihre Annoncen für Druckarbeiten, Einreden, Annoncen am Tage usw. selbst zu bezahlen. Man durch die außerordentliche Tätigkeit Annoncen sei es gelungen, mit den verbandlichen Ämtern zusammenzukommen.

Es wird beschlossen, die Anträge betreffend Annoncen gleichmäßig mit den Berichten zu diskutieren.

Der Bericht wurde bemerkt, daß keine Ämter nicht, sondern von der Secretariatskommission angenommen werden sei. Er will daraus keinen Gewinn ziehen, sondern nur die Gründung eines Annoncenbüros in Wien beabsichtigen.

Der Herr Nürnberg schloß die sünddeutsche Lage seiner Ämter, auf der einen Seite eine außerordentlich kostbare sünddeutsche Annoncenkommission und im Hintergrunde die Annoncen der Einzelnen, durch sünddeutsche Annoncen usw. Bei dieser Gelegenheit wurde § 10 der Statutenbücher zu streichen und soll es nicht für Annoncenbücher.

Dem sünddeutschen Feuertich weiter über § 10, daß der Verbandsvorstand die Annoncenkommission für sich zu und möglich halte und gern bereit sei, überall da, wo notwendig, welche zu erledigen. Aber die Annoncenlage des Verbandes spreche da zu sehr mit und deshalb habe auf diesem Gebiete noch nicht mehr getan werden können. Hoffentlich solle der nächste Verbandstag dem Verbandsvorstande mehr Mittel zur Verfügung, damit noch tiefer Richtung hin mehr geschieden könne.

Von den einzelnen Rednern werden derartige Annoncenbüros für München, Nürnberg und Weiden angedeutet. Ein Hinweis habe auf die Annoncenbücher, die dem sünddeutschen Annoncenbüro nebenamtlich oder in dienstlicher Zeit nicht entfernt mehr bewahrt werden können. (Abgelehnt)

Die Annoncenkommission, die mit im Früheren am Tag durch die sünddeutsche Annoncenkommission Annoncen ihre Annoncen.

Die am 4. September in Stuttgart laufende sünddeutsche Konferenz berichtet auf sünddeutsche bei den Gemeinden, die Annoncen Arbeiter und Annoncenarbeiter in der Verband der Gewerkschaft und Annoncenarbeiter, die allein sünddeutsche Annoncen, Annoncen Annoncen beiseite deshalb für den Annoncenarbeiter Verband nicht.

In Sachen des sünddeutschen Annoncenrechts wurde folgende Resolution Annoncen einstimmig angenommen:

Die am 4. September in Stuttgart laufende sünddeutsche Konferenz berichtet auf sünddeutsche bei den Gemeinden, die Annoncen Arbeiter und Annoncenarbeiter in der Verband der Gewerkschaft und Annoncenarbeiter, die allein sünddeutsche Annoncen, Annoncen Annoncen beiseite deshalb für den Annoncenarbeiter Verband nicht.

Die Konferenz erklärt, daß das jedem Deutschen durch den § 152 der Gewerbeordnung gesetzlich garantierte Annoncenrecht auch für die Annoncenarbeiter in München zu gelten hat.

Die Konferenz beschließt aus diesem Grunde die Fortsetzung der Annoncen, ebenfalls gegen die Annoncen jeder Stadtverwaltung geradezu sünddeutsche Annoncenweise Stellung zu nehmen.

Am Schluß der Debatte konstatiert Deckmann, daß Beschwerden gegen den Sekretär nicht vorgebracht wurden und drückt demselben das Vertrauen der Konferenz aus.

Aus den Berichten der Delegierten, die bei beschränkter Redezeit von 10 Minuten geacht werden, haben wir hervor, daß in Erlangen, wie Leipzig berichtet, die Organisationsverhältnisse nicht günstig seien. Besonders im Gaswerk konnte es besser sein. Ein Teil ist anderweitig organisiert, wodurch die Leistungsfähigkeit unserer Arbeit natürlich nicht gehoben wird. Besonders freut, was die Kollegen doch selbst wissen sollten, der evangelische Arbeiterverein für seine besseren Zustände. Der Mühlentlohn konnte endlich von 1,80 M. auf 2,10 M. gehoben werden. Diesen Bericht wird noch eine Eingabe mit verschiedenen Wünschen eingereicht werden. Der gegenwärtige Arbeiterschuß ist gut.

Schweiermann Frankfurt hat bei der Fabrikverwaltung viel mit den Christlichen zu tun, trotzdem der bestehende Betriebsvorstand der Organisation das Zeugnis ausstellt, daß die Ordnung in dem Betrieb bringt. Da die Arbeitsverhältnisse im Daten und Schwimmbad einigermaßen erträglich sind, so kommen sich die Kollegen wenig um die Organisation zu kümmern. Es ist zu hoffen, daß die Straßenbahnangelegenheit sich einmal ihrer traurigen Lage bewußt würden und dieselbe durch den Anschluß an die Organisation verbessern wollten.

Schweiermann Frankfurt ist ebenfalls gespannt, die Arbeit der dortigen Kollegen zu tadeln, da sie, weil ihre Wünsche von der sozialdemokratischen Regierung auf dem Rathaus weitgehend berücksichtigt wurden, die Organisation vernachlässigten. Arbeitervereine bevollmächtigte haben deshalb schon erklärt, für die nächsten Arbeit nicht mehr einzutreten, wenn sie sich nicht ihrer Pflicht erinnern und sich organisieren.

Arnold Keesburg: Die Agitation wäre in Keesburg hauptsächlich durch die dort in einem Winter zusammengekommenen schwarzen Vereine, sowie die in liberaler nennende Stadtverwaltung gefördert; ebenso durch die meistens Neutral gebliebenen Betriebsvorstände. Doch ist der Mitgliederstand in jenem Stützpunkt betrüblich.

Wolff Steilbrunn teilt mit, daß in nächster Zeit eine im Reichstag eingebrachte Eingabe betreffend Lohnhöhung und sonstiger wichtiger Punkte eintreffend werden soll. Daß dies nicht fruchtbar werden, ist die Schuld der Kollegen selbst, die sich bisher abweisend verhalten, als eine selbstwählige Einbuße zu haben, die von der Stadtverwaltung berücksichtigt werden müßte. (Solgt Erklärung der dortigen Lohnverhältnisse.)

Der gemächteste Kollege Wunsch Karsruhe berichtet, daß dort ein Vorkommnis hinsichtlich Arbeiter besteht, dem, um die Mitarbeiter in zufriedenstellender einzustellen, vom Stadtrat 250 M. in die Kasse abgesetzt wurden. Außerdem erhält jeder Arbeiter nach fünfjähriger Diensten ein Geschenk von 80 M., was im Gegensatz einer gleichzeitigen Abschaffung von 5 M. pro Tag gleich kommt, wobei aber die Stadtverwaltung den wohlverdienten Vorkauf hat, demjenigen, der vorher aus dem Dienst aussteht, nur einen mäßigen Lohn zu bezahlen und trotzdem kein Geschenk verabschieden zu lassen. Infolge dieser schlechten Zustände emigriert sich unsere Mittele erkrankt und zählte im zweiten Quartal 126 Mitglieder.

Schäfer Mainz teilt mit, daß die dortigen Arbeiter schon seit drei Jahren einen Tarif mit Dienstalterszulagen verlangen. Die Forderungen jedoch der Stadtverwaltung außerordentlich hoch zu sein, da sich dieselbe bis heute noch nicht zur Einführung auf jeinigen konnte. 1903 wurde den Betriebsvorständen das Recht eingeräumt, jedes Jahr eine Zulage zu gewähren, wodurch der Gewerkschaftsmitgliedern ein und der überauswilligen geöffnet wurde. Von Mitarbeiteren wurde eine Wache Urlaub bewilligt, ebenso werden Schmarbungen gewährt. Die Schuld, warum nichts weiter erreicht ist, trägt größtenteils der dortige Vorkommnis unter Bonas Forderung, der unter Anwendung schmutziger Mittel und persönlicher Verleumdung die Arbeiter zu gefährlichen sucht und dadurch der Stadtverwaltung direkt in die Hände arbeitet.

Von den Straßenbahnangelegenheiten hat sich in voriger Erkenntnis ihrer Mängel, ebenfalls ein großer Teil dem Betriebsvorstande angedreht, so daß die Ämter teilweise denn je dorthin, nachdem alle Absichten und Zusammen getrieben sind. Eine Reform des Arbeiterverhältnisses ist durch diese.

Schäfer Mainz konstatiert, daß nimmende auch dort für die Organisation bessere Stellen angedreht hat, nachdem die Einzelheiten innerhalb der Ämter überwunden sind. Es schwebt die Organisations- und Organisationsfragen. In Heidelberg ist die Mitgliedszahl sehr dem Ansehen am Rheinheim ebenfalls gestiegen, und wurde für die dortigen Gasarbeiter eine Eingabe gemacht.

Obwohl in Ludwigschafen, wo ebenfalls eine durch die sozialdemokratische Partei unterstützte und teilweise abgeordnete Eingabe eingereicht ist. Auch die Mitgliedszahl dort ist unter der Führung des Mediziners Dittmer beträchtlich gestiegen.

Nach Schluß München wird dort die Arbeitsordnung durch einseitige Magistratsverfügungen derartig durchbrochen, daß

eine Eingabe um eine neue präzisere Arbeitsordnung äußerst notwendig war. Von 17 eingereichten Wünschen größtenteils hygienischer Natur für die Gasarbeiter, wurden 15 berücksichtigt. Beim Gartenbau ist der Stundenlohn besetzt und Tagelohn eingeführt. Daß die Organisation einen guten Einfluß auf die Lohnverhältnisse der Arbeiter ausübt, mußte auch der städtische Gesundheitsinspektor Herr Deller anerkennen. Die Organisation ist in allen Betrieben in erfreulichem Wachstum.

In Würzburg herrschen nach Dallhammers und Daffels Berichte die schlimmsten Zustände. Wie bereits oben geschildert, herrscht unter der Arbeiterchaft große Veräufertung. Der öffentliche Einfluß ist gleich Null. So vom Stadtparlament im April eingesetzte „Wirtschaftliche Kommission“ in gleich in einen vorausichtlich sehr langen Winterschlaf verfallen.

Würzburg Keesburg: Die Ämter Keesburg zählt 129 Mitglieder im Gaswerk. Der Urlaub ist teilweise gewährt und soll derselbe in nächster Zeit geregelt werden. Ebenso hat eine Arbeitsordnungsangelegenheit mit Vorkauf ihrer Erledigung. Die Maßregelung des Kollegen Herrbach wird nach Anlaß zu erwünschten Differenzen geben.

Schweiermann Frankfurt und Würzburg haben sich trotz aller Hindernisse gut behauptet. In Würzburg ist eine Arbeitsordnung und ein Tarif geschlossen worden, deren allerdings durch die nennlich genannte „Soziale Kommission“ ihre „Eigenheiten“ aufgedrückt sind.

St. Albans hat auch großen Aufschwung genommen, wenn gleich auch dort noch ziemlich viel unorganisierte Kollegen vorhanden sind. Gerecht ist die Verabreichung der Differenz zwischen Anwartschaft und Lohn, Lohnverbesserungen, eine Altersunterstützungskasse mit guten Zinsen, sowie Urlaub.

Stuttgart macht gute Fortschritte. Erreicht wurde die durchgehende Gewährung von Urlaub und Adventtagsbezahlungen an alle Arbeiter nach 6 bzw. 12-jähriger Diensten. Eingabe um Regelung des Arbeiterschußes und der Arbeitsordnung mit verschiedenen Verbesserungen ist schon länger eingereicht, jedoch leidet die Stadtverwaltung an einem höchst bedauerlichen Mangel an Selbstverleumdung; selten wird etwas gewährt, was nicht schon überall als selbstverständlich betrachtet wird. Genau so steht es in Garmisch und Göttingen.

Wiesbaden ist gut organisiert. Die Arbeitsordnung ist ruckständig. Urlaub wird nicht gewährt im Gaswerk. Ab 1. Oktober soll die stündliche Arbeitszeit in Kraft treten. Trotzdem ein Arbeiterschuß gewählt wurde, ist auch hier noch viel verbesserungsbedürftig. Damit und diese Berichte erhebt sich.

Einen erheblichen Teil der Debatten, die über die oben wiedererwähnten Anträge unter II, III und IV entstanden, dürfen wir übergehen, da das Resultat der Abstimmung gleich hinter jedem Antrage vermerkt ist. Gemacht der Beiträge hatte sich eine Mehrheit gefunden, welche dem nächsten Verbandstage 30 M. wöchentlich vorzuschlagen will. Alle diesbezüglichen Anträge wurden durch die Erklärung des Kollegen Herrbach als erledigt erachtet, daß der Verhandlungsleiter ein Verbot zur Verbesserung der Arbeitslage dem nächsten Verbandstage unterbreiten werde.

Der Antrag der Sekretariatskommission unter IV. 5. betr. Periodische Kündigung für die hundertfünfzig Ämter, wurde nach längerer Diskussion zurückgezogen und dafür folgende Resolution beschlossen: „An den Verhandlungsleiter wird der Antrag gestellt: Ab 1. Oktober, d. J. wird die Zunftpartei aufzuheben und dafür hat die Gewerkschaft allmählich zu erscheinen.“ Allerdings hat man sich vorbehalten, auf die Herausgabe einer hundertfünfzig Ämter zu rückzukommen, falls nicht ehestens die „Gewerkschaft“ wöchentlich erscheint.

Zuletzt ist noch zu berichten, daß die Ämter Mainz beantragt, sobald 20 der Mitglieder eines Sekretariatsbezirks die Abstimmung eines Statutens beantragen, in eine solche einzuberufen. Jede Ämter ist berechtigt, hierzu einen Delegierten auf Meldung der Hauptstelle zu entsenden.“ Nach lebhafter Debatte wurde dieser Antrag dem Hauptvorstande überwiesen, zur Berücksichtigung der Anwesenheit der hundertfünfzig Ämter, nachdem der Gewerkschaftsorganisations. Als Anhang ist der hundertfünfzig Ämter Mainz mit, daß die Ämter Mainz aus der Hauptstelle übernommen werde. Es. Zunft, erledigt die vorstehenden Ämter und erlaubt dafür dem hundertfünfzig Ämter Mainz von der Zunft, indem man ihn nur unter von 20 in 20 eine kleine Entschädigung gewährt. Das habe kaum im Einklang mit den im Verbands üblicher Gewerkschaften.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft und die Konferenz geschlossen, benannten die Delegierten den Rest des zweiten Tages, um die Geschäftsberichte und Hauptberichten des Zunftartes Tag und Konferenzverens zu beenden. Das vier Gebotene fand viel Anerkennung.

Der Verhandlungsleiter wird in den Resolutionen und Anträgen der hundertfünfzig Konferenz alsobald Stellung nehmen und seine Meinung ebenfalls an dieser Stelle bekunden. D. H.

Der Hamburg-Ohlsdorfer Friedhof und die Lage der dort beschäftigten Angestellten.

Es dürfte mit wenigen Eigenbetrieben der Deutschen Stadtgemeinden geben, von denen sich mit Wahrheit sagen ließe, hier hat das Wort: „Staats- und Gemeindebetriebe sollen Musterinstitute sein“, praktisch Geltung erlangt. Das Lob, daß Musteramtliches geübt wäre, kann noch für keinen dieser Betriebe zu, soweit die soziale Seite derselben, das heißt, die Regelung der Beziehungen zwischen Verwaltung und Arbeiter, in Frage kommt. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für Arbeiter und Unterangestellte in diesen Betrieben sind den heutigen allgemeinen kulturellen Verhältnissen nicht ungemessen, also keineswegs lobenswert. Solange dies der Fall, können gute Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht ausbleiben. Und dies trifft, wie gesagt, leider noch auf alle öffentlichen und vornehmlich auf die eigentlichen gewerblichen Betriebe der deutschen Städte zu. Viel heiler liegt die Sache auch noch nicht, wenn man sich die betriebs- und verwaltungstechnische und organisatorische Seite der gemeindlichen Betriebe näher ansieht. Auch in dieser Hinsicht wird wieder und wieder, leider durch die Entwidlung langjährig überholten Mitteln gearbeitet. Et zurückzuführen reicht noch immer kein arbeitsvolles Leben. Dazu bedingt der Realismus die Vertriebsverhältnisse. Einerseits soll möglichst billig gearbeitet und andererseits sollen möglichst große Heberträge aus den Betrieben herausgepresst werden. Kein Wunder, daß die Leistungen der staatlichen und städtischen Betriebe im Sinne der öffentlichen und sozialen Wohlfahrt durchgängig weit hinter den berechtigten Erwartungen der Gemeinden zurückbleiben. Die staatlichen und städtischen Betriebe können und sollten über Form und ihrem inneren Wesen an sich noch heute schon eine höhere Stufe gesellschaftlicher Produktion und Dienstleistung sein. Sie sollten und könnten zum mindesten in Bezug auf soziale Arbeitspolitik der Privatindustrie voraus und für diese darin vorbildlich sein, aber der heutige Kapitalismus mit seinen arbeitnehmerfeindlichen Prinzipien, die für ihn ausschließlich Lebensprinzipien sind, läßt es dazu nicht kommen. Dies scheint im ganzen in den staatlichen und städtischen Betrieben auch erst dann anders werden zu sollen, wenn die produktiv arbeitende Klasse genügend in der Expansion der gesamten gesellschaftlichen Produktion selbständig nach höheren Kulturgrundlagen zu reicht.

Im einzelnen ließe sich das Vorstehende über die Staats- und Gemeindebetriebe kritisch begleiten sehr leicht nachweisen, wenn es dazu überhaupt noch eines besonderen, durch Tatsachenbeispiele belegten Beweises bedürfte. Allein die staatlichen Dinge liegen so offensichtlich, daß man der Aufgabe überdies ist, sich in der besprochenen Hinsicht im Speziellen zu engagieren. Man kann hinsichtlich was man will, allerorts dieselbe betrübende Bild. Und gerade in den Kreisbetrieben derjenigen Gemeinwesen Deutschlands, die ihres Gesamtkulturcharakters wegen am ersten in die Lage und verpflichtet waren, ihre Kreisbetriebe im Dienste des Allgemeininteresses zu stellen, finden wir die größte Minderleistung. Wie sollte es z. B. bestritten, daß dieses Urteil in einem polareinstimmigen Maße auf den Stadtkreis Hamburg zutrifft? Wohl in keiner anderen deutschen Stadtgemeinde liegen die Voraussetzungen für die Minderleistung, im Kreisbetriebswesen durchzuführende Reformen im Sinne des Fortschritts durchzuführen, so günstig wie in Hamburg. Dieser Gemeinde stehen alle politischen Werkzeuge eines modernen Großstaates zur Verfügung. Hamburg ist im Punkte der Staatsformverhältnis ihm selber nicht, wie anderen Städten, bei seinen geschichtlichen Reformen irgendwelche staatlichen Vorbehalte absolut hinderlich im Wege; die Erträge der erlaubten Staatsgewalt stehen ausschließlich in seinem Dienste; es beinahe sich daher, wie das hier besonders in Frage kommt, alle in seiner Macht stehenden, vornehmlich finanziellen Quellen zu erschöpfen. Und an solchen Quellen, die es wiederum aber größtenteils verdeckt sind, mangelt es nicht; in Hamburg liegen immense, reicher, ungeheure, große Kapitalien. Ein verhältnismäßig geringes von diesen Mitteln und Hamburg könnte, wenn es wollte, mit seinem Kreisbetriebswesen Großes in jeder Beziehung leisten, könnte bei aller in einem Arbeiterpolitik die Bahn ebnen. Denn der Hamburger Staat ist als Arbeitgeber, er hat seine Maßnahmen nunmehr der in einem gewissen Maßstab Arbeiter wurde auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die Arbeiter in der Privatindustrie, nicht ohne erheblichen Einfluß bleiben. Und das kann, abgesehen von allem anderen, ein eminent staatspolitisches Interesse sein. Denn so wie ist es denn, wird von den bestehenden und bestehenden, wenn Hamburg die Gesamtbetriebsverhältnisse und Arbeiterverhältnisse, welche Probleme einleitet. Wie wollen die z. B. im Hamburger Staat weiter befehlen, denn werden wir russische Arbeiter, Hamburg Hebräer, wird hierzu gewöhnlichweise bemerkt werden, daß wir, in den in diesen Staatsbetrieben zum Teil schon hohen, Stellen von Minderleistung schweben dürfen. Dabei wollen wir, nicht über Arbeiterbehandlung und Verhältnisse reden, wohl aber darauf hinweisen, daß die Betreib- und Charakterschwäche in den Verwaltungen unserer Staatsbetriebe eine große Gefahr und schädliche Rolle spielt. An öffentlicher Stelle ist in diesem Zusammenhang sogar schon von Korruption gesprochen worden. Und in der

Tat, wenn man sich manche Verordnungsmaßnahmen und das Verhalten einzelner Organe in einigen staatlichen Betrieben näher ansieht, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier häufig Sonderinteressenwirtschaft mit hineinzieht. Natürlich tragen solche Erscheinungen erst recht nicht dazu bei, die Aufgaben, welche die Allgemeinheit den staatlichen Betrieben zuteilt, zu verwirklichen. Weder können die staatlichen Betriebe unter solchen Umständen für die einschlägigen Bedürfnisse des Gemeinweins genügenden leisten, noch kann eine soziale Arbeitspolitik auf so dem Boden Wurzel schlagen. Und in dieser Hinsicht fehlt es denn auch in den Hamburgischen Staatsbetrieben sehr. Aber die höheren maßgebenden Stellen, vor allem die Majorität der Bürgerdirektorenmitglieder, wollen es so. Vor allen Dingen, sollen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Staatsbetrieben dunkle Schatten lagern, damit Unternehmer, Lieferanten und sonstige eigenartig interessierte Leute Robben - und davon nicht so wenig machen können. Zudem darunter die Vertriebsgewinne, so ist das für unsere „Vorgesetzten“ wieder ein Vorteil: Das staatliche Kreisbetriebswesen wird diskreditiert. Es heißt dann: Der Staat arbeitet teurer als die Privatindustrie. Zu beantragte Verwaltungsorgane ein Grund zum Sparen, Sparen, sparen! Wenn diese letzteren dann am Jahresabschluss im Vertriebsausgabebudget zeigen können, wie an den Arbeiterelassen „gespart“ und an den Arbeiterelassen gespart worden ist, so gibt's von oben Lobpreise, Gratifikationen und Advancements. Die Arbeiter? Pah...!

So sieht es in den Hamburgischen Staatsbetrieben so aus, wie es nicht aussehen sollte!

Durch das Vorbergaat ist im wesentlichen die Lösung zu dem Werke gelockert, warum die öffentlichen Betriebe dem Auge des wirtschaftlich und sozialpolitisch interessierten Beobachters so wenig sympathisch bieten. Es tritt nicht die darin angeführten Gründe sind, ist daran zu erkennen, daß die Schuld an demjenigen Betrieben dieser Art ein anderes Gewicht aufwiegt, wenn diese Betriebe ihres speziellen Charakters wegen in eine andere Richtung der Interessensphäre der Volkenden gerückt sind. Ja, Bauer, wenn die Dinge so liegen, ist das auch in Hamburg - und hier erst recht anders. Dann kommt's nicht darauf an! So lernen z. B. dem Reich behaupten wollen, daß in Hamburg der öffentliche Sicherheitsdienst, je weit er zum Schutze des Gemeinweins und der öffentlichen Elemente da ist, nicht auf der Höhe steht. Das Verhältnissen in Hamburg kann als vorbildlich bezeichnet werden. Für das neuere Kreisbetriebswesen dürfte Hamburg Anspruch darauf erheben können, musterhaftes geübt zu haben. Freilich, die wirtschaftliche Lage der Unterangestellten und Arbeiter in diesen Betrieben ist nicht so glänzend. Werden miterlebt ist es in der Beziehung um die Kreisbetriebsarbeiter bestellt. Ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse stehen für das Auge des Lesers in einem schneidenden Kontrast zu den durch ihre Hände Arbeit geschaffenen prächtigen Kreisbetriebsanlagen. Doch wenden wir uns zunächst den letzteren selber zu.

Über den Hamburg Ohlsdorfer Friedhof schrieb vor längerer Zeit der hiesige Garteninspektor G. Hennig in einem „Gartenfunk“ in einem kritische Beobachtungen über landwirtschaftliche Friedhöfe“ beistellen. Nachfolgendes: „Der erste und auch heute noch unerreicht bestehende Anlage dieser Art in Deutschland, bei deren Entwurf und Ausübung künstlerische Leistungen, wie wohl gar nicht, ist der Friedhof zu Ohlsdorf. Wen durchwandere diesen Friedhof, der auch zugleich der größte in Europa ist, nach allen Richtungen, und man wird immer wieder neue, schöne landschaftliche und architektonische Bilder finden, ohne durch den eigentlichen Zweck des Friedhofes, das Begräbniswesen, irgendwennenswert gestört zu werden. Das Auge wird überall, erregt durch die herrliche Harmonie aller Anordnungen, mit Wohlgefallen an dem Gesichten weilen. ... Der Grundgedanke, der dieser einstigen schönen Anlage unterlegt wurde, ist der, einen Park zu schaffen, in den sich alle die vorzüglichen Einrichtungen eines großen Friedhofes harmonisch einpendeln haben.“

Dieses Lob auf die technische, künstlerische und zweckmäßige Gestaltung unserer Friedhofsanlagen ist kein übertriebenes, und was es beweist, wird noch etwas mehr über dieses Minimum hören wollen.

Das Friedhofsterrain umschließt einen Arealraum von 150 Hektar, davon waren Ende 1904 160 Hektar fertig angelegt. Die an der Friedhofstraße liegenden Arealteile des Friedhofes sind 1100 Meter. Den ganzen Friedhof durchzieht ein 12 m breiter Grabenkanal, der 6 Kilometer lang, bei einem Querschnitt zu allen Grababteilungen abfließt. Dem Grundentwurf ist die große Schönheit der Anlagen und Teile auch durch die ganze Anlage, parallel mit ihr, durchzuführen die Reihenfolge beim Anlegen der Grabanlagen nach dem Zeit. Die Grabanlagen sind alle in Reihen angeordnet oder in rechteckigen, abwechselnd und abwechselnd durch alle Grabanlagen angeordnet, die aus einer 100 Meter langen und 100 Meter breiten Anlage ist von einem Grab oder Graben aus zu erreichen, ohne daß man eine andere zu betreten genötigt wäre.

(Zitlich folgt.)

Und noch einmal die Delegiertenfrage.

In Nr. 18 der „Gewerkschaft“, Spalte 410, brachte ich einen Artikel über den Antrag des Verbandesvorstandes betreffend die Delegiertenfrage. Ich schrieb unter anderem, daß man die Gewerkschaftsperiode von zwei auf drei Jahre verlängern habe. Das ist richtig, darüber bin ich nicht im Fortum, wie Kollege Köcher meint, und weiß ganz genau, was das Statut vorsieht. Nun habe ich aber meine Verwunderung darüber ausgesprochen, daß der Vorstand in der Lage ist, über seinen Antrag eine Neubestimmung vorzunehmen. Der § 7 Absatz 6 des Statuts schreibt genau vor, daß der Verbandesvorstand in Fragen der zugehörigen Natur eine Neubestimmung anordnen kann. Ich stelle fest, daß diese Angelegenheit nicht als dringender Natur anzusehen ist. Wir haben nach unserem Statut eine Delegiertenliste von 40 St. pro Mitglied und Jahr zu erstellen. Das sind bei 150 Mitgliedern 60 St. Man müßte alle drei Jahre eine Generalversammlung stattfinden, folglich säßen diese 150 Mitglieder in drei Jahren 180 St. Delegiertenlisten. Man wird einwenden, daß die Zahl der Mitglieder in kurzer Zeit wachsen ist. Nun gut, wenn der Verband im Jahre 1906 die Hälfte der Mitglieder ausgeworfen hätte, die zurzeit eingetragenen sind, so will ich von meiner Zahl ebenfalls die Hälfte nehmen, das wären 90 St., folglich blieben die übrigen 90 St. auf diejenigen Mitglieder, welche in den letzten drei Jahren unserem Verbands beigetreten sind. Das ist ja auch so. Dann müßte man mit 90 St. Delegiertenlisten, auf einen Delegierten gerechnet, keine Generalversammlung halten? Oder will man an der Delegiertenliste Expansion machen? Wenn Kollege Köcher sich die Mühe machen will, noch einmal am Spalte 411 unterer Zeilen nachzulesen. Dort ist berechnet, daß alle Voraussetzungen nach jeder Delegiertenliste 120 St. durchschnittlich fordern dürfte. Man glaube, daß dieser Durchschnittsatz aber zu knapp als zu reichlich bemessen ist. Es ist keine mit der Realitäten zu rechnen, daß der nächste Verbandstag einen höheren Prozentsatz beibringen als der letzte. Dann könnte ich wieder auf meinen ersten Artikel zurück. Man könnte wohl auf andere Weise Expansion machen, z. B. wenn eben die Gelder nicht vorhanden sind, so sollte man sich doch höher einrichten mit den Agitationen, welche ja sehr kostspielig sind. Ich will damit keineswegs sagen, daß die Agitation unterbleiben soll, im Gegenteil, man kann auf diese genug aufbauen, wenn man die gute Wille da ist. Wenn das nicht Geld vorhanden ist, sollen auch Agitationen unterbleiben. Wenn ich mit der Behauptung herbeikommt, man will die kleineren Zitate im Abstand, so werde ich wohl recht beibehalten. Wenn man z. B. die Zitate Groß-Berlin mit 5000 Mitgliedern. Wenn die ihre Delegierten wählt, dann werden ganz genau auf einen Delegierten 250 Mitglieder gerechnet. Die kleineren Zitate aber, wenn sie noch keine 200 Mitglieder zählen, werden ganz einfach mit zwei oder drei Zitate zusammengekommen und wählen so mit den anderen einen Delegierten, wie es immerzu schon und gewesen ist. Das meine ich eine Schädigung der kleineren Zitate. Im übrigen fühle ich mich keineswegs veranlaßt, mich noch länger in dieser Frage herumzuwickeln. Was der Kollege Schönerberg über meinen Artikel schreibt und damit, ich will hier nicht gleichmäßig bleiben. Alle Arbeiter sind eben nicht solche gelehrte Männer, wie vielleicht der Kollege Schönerberg einer ist. Wenn es Grund ist die Delegiertenfrage eine Hauptfrage im Verbands. Oben hat Kollege Köcher die Frage ausdrücklich nicht für eine demnach. Wie erklärt sich dieser Widerspruch?

Wassburg, im September.

Otto Köcher.

Antwort: Kollege Köcher hält seine Behauptung, daß die Gewerkschaftsperiode des Verbandes von zwei auf drei Jahre verlängert werden, ist unrichtig, ohne jedoch zuzugeben, wo und warum ein dreijähriges Wahljahr gewählt werden sei. Ich kann mir nochmals betonen, daß Kollege Köcher sich im Fortum befindet und es mindestens die Verwirrung hat, den Beweis für die Richtigkeit seiner Behauptung anzustellen.

Dah Kollege Köcher die Delegiertenfrage nicht für „dringend“ erachtet, weil ich ihm gern abhandeln, ich möchte aber nicht, wenn man über, und uns ein Mitglied, und dies acht haben, daß die Frage „dringend“ ist. Kollege Köcher meint dann weiter, im vorigen Paragraphen konnte abgelehnt werden. Ich bin mir keinen Augenblick darüber im Zweifel, daß die große Mehrheit der Verbandsmitglieder darüber ganz andere Denke wie daraus im Gesamtsinn, indem die Gewerkschaftsperiode und die Zahl der Mitglieder, welche sich auf jeweilige Agitation beziehen, nicht abgelehnt wird, da die bestimmte Annahme des Verbandes es nicht gestattet, alle beantragten Änderungen nachzunehmen.

Von einer Schädigung der kleinen Zitate kann gar nicht die Rede sein. Nur der Modus der Delegation wird durch die Delegiertenliste bestimmt sein müssen und nicht die Zahl der Delegierten, da in allen anderen Verbänden so und wird auch bei uns nicht anders sein können.

Notizen für Gasarbeiter.

Berlin. Eine wichtige Sitzung der Gas-Deputation fand am 18. September statt, in welcher über die vom Genossen E. Wurm gestellten Anträge über den Acht resp. Neunstundentag beraten wurde, ebenso gelangte die Frage der vollen Auszahlung von 6 Ferientagen zur Verhandlung. Während beschlossen worden ist, den Magistrat in letzterer Angelegenheit zu veranlassen, eine generelle Verfügung auszugeben, welche in Zukunft volle Bezahlung von 6 Ferientagen gewährt, auch wenn Ferientage in die Woche fallen, konnte man sich doch nicht entschließen, dem Antrage des Genossen E. Wurm stattzugeben und den Arbeitern, welchen die Ferientage abgezogen worden sind, dieselben nachzuzahlen. Dabei hat sich das erhebende Schauspiel herausgestellt, daß in einzelnen Verwaltungen der Ferientag bezahlt worden ist, hingegen die Gasdirektion rigoros, wie üblich, nur fünf Ferientage bezahlt. Wenn man sich vor Augen hält, daß der feinerzeit gefasste Stadtverordneten-Beschluß auf „eine Woche Ferien“ für alle fünf Jahre bei der Stadt beschäftigten Arbeiter lautet, und auf der anderen Seite bedenklich, daß die Arbeitswoche der Berliner Gasarbeiter in der Regel sieben Tage hat, so offenbart sich darin der bestehende katastrophale Standpunkt der Gasdirektion wieder einmal glänzend. — In bezug auf den Achtstundentag will man dem ungeheuren Drängen der organisierten Berliner Gasarbeiter infolge einer Heime Konvention machen, als vom 1. Oktober d. J. ab eine sogenannte Probe mit dem Achtstundentag für das Metortenhaus III der Gasanstalt Tankerstraße gemacht werden soll. In Betracht kommen etwa 65 Feuerhausarbeiter. Man will anstatt der bestehenden zwei Schichten das Dreischichtensystem einführen und für diese drei Schichten einen ganzen Mann mehr bewilligen. Anstatt wie bisher 14 Arbeiter in zwei Schichten, sollen also 15 in drei Schichten von je acht Stunden die Arbeit verrichten. Gleichzeitig soll festgelegt werden, ob die Arbeiter dasselbe leisten, als bisher in zwölf Stunden. Es erhebt sich die Frage, ob die schon jetzt außerordentlich angelegenen Arbeiter diese Mehrarbeit leisten können. Für die Gasmeister sind anderthalb Schichten vorgegeben. Die Direktion beabsichtigt eine Probezeit von 1 Jahr Dauer, doch, wenn nicht alles lauft, wird sie sich wohl etwas früher zur Einführung des Achtstundentages für alle Betriebsarbeiter heinhalten müssen, da die Berliner Gasarbeiter entschlossen sind, eventuell durch Streik ihrer bereits eingetragenen Forderung des Achtstundentages für die Betriebsarbeiter sowie des Neunstundentages für die Dorfarbeiter und Arbeiter des Röhrensystems Nachdruck zu verleihen. Heber diese letzte Forderung ist man gegen eine Stimme hinweggegangen, da nach Meinung der hiesigen Stadtverordneten die Stadt mit Einführung des Neunstundentages anderen Arbeitern der Privatindustrie des Signal geben würde, die gleiche Forderung zu stellen. Abgegeben von der Tatsache, daß in Berlin bereits Tausende ungelerner Arbeiter nur neun Stunden arbeiten, wäre es von einer liberalen Stadtverwaltung wohl nicht zu viel verlangt, wenn sie das im Kommunalprogramm der freisinnigen Volkspartei deutlich aufgestellte Postulat in die Praxis umsetzte. Aber wer dies glaubt, kennt den Berliner Freisinn schlecht. Es gibt also für die Gasarbeiter nunmehr nur ein Mittel, ihren Forderungen zur Durchführung zu verhelfen. Anschlag an die Organisation.

Berlin (englische Gas-Anstalten). Am 11. d. M. fand die Sektions-Versammlung bei Oberstein, Wasserbörz, statt, in welcher sämtliche Arbeiter-Ausschüsse der J. G. G. A. Bericht erstatteten über die gestellten Forderungen. Dabei stellte ich heraus, daß die kleinen nicht löstenden Forderungen für Vatermörderer wohl bemängelt sind, die überall aufgestellte Forderung des Acht resp. Neunstundentages ist indessen abgelehnt, ebenso die besonderen Forderungen des Außenbetriebes mit Ausnahme der 50% für Nachtarbeit, welche Gnade fanden. Bezüglich der Forderung der verkürzten Arbeitszeit wurde dem Schönerberger Ausschuss erwidert, daß der Achtstundentag sich in England zwar gut bewährt habe und wohl durchgeführt werden könne, man wolle aber der Stadt Berlin nicht vorgeben, darum müsse diese Forderung abgelehnt werden. Vorsitzender E. C. immer weit in der sich anschließenden Diskussion in längeren Ausführungen darauf hin, daß auch den Kollegen der J. G. G. A. nunmehr nichts anderes übrig bleibe, als gemeinsame Sache mit den hiesigen Gasarbeitern zu machen und in den Achtstundentag Kampfschritt einzutreten. In diesem Sinne äußerten sich noch die Kollegen Brenzlow, Budnik, Jäglein, Zarnke und andere. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die zahlreich versammelten Arbeiter sämtlicher Betriebe der J. G. G. A. haben Kenntnis genommen von dem Bericht des Arbeiter-Ausschusses. Der ablehnende Bescheid der Direktion in der entscheidenden und wichtigen Frage des Acht resp. Neunstundentages kann die Versammelten in keiner Weise zufriedustellen. Um aber der Achtstundentage näher zu kommen, verpflichten sich alle Anwesenden, zuge für die Organisation einzutreten und gleich den hiesigen Gasarbeitern eine Agitation für den Achtstundentag Kampfschritt zu entfachen. Heber den letzteren soll in einer weiteren Sektions-Versammlung noch einmal beraten werden.

Im Anschluß daran besaßen sich die Kollegen der Betriebe Eisenknecht, Siedrich, Knecht, Warendorf, Gasmeierfabrik Warendorf in gut besuchten Versamm-

lungen mit derselben Frage. Ueberall sprach Kollege Polenske und beischloß man, sich an dem Abstinendenfonds tatkräftig zu beteiligen, um für alle Eventualitäten gerüstet zu sein. Vom Betrieb Mariendorf ist außerdem zu berichten, daß die dortigen Beamten einen unausgesetzten Kampf gegen die Organisation führen. Strafbesetzungen und schlechtere Löhne sind die beliebtesten Mittel. Unsere Kollegen halten aber trotz aller Einsätze fest zusammen, sie wissen, daß sie ohne Organisation eben ohnmächtig sind.

Am Montag, den 9. Oktober findet bei Tbst in Schöneberg die Generalversammlung der Sektion statt. Die ablehnende Haltung der Direktion in der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit macht es uns zur Pflicht, über Mittel und Wege zu beschließen, um weiteren Forderungen mehr Nachdruck zu geben. Ein Teil der Kollegen hat sich für Erhebung der Beiträge für den Mannsunds der Gasarbeiter erklärt. Die Sektionsversammlung soll über diese Frage entscheiden. Pflicht jedes Kollegen ist es darum, in der Versammlung zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Sektionsleitung.

Charlottenburg. Rait alle Kategorien der Charlottenburger Gasarbeiter fanden den verfloßenen Sommer über in einer Lohnkammer, die nimmlich auf feindlichem Wege am abidlich kommt, auf diese Weise wurden die Forderungen einmündig und am 11. September vor die zur Beratung der Forderungen von der Gasarbeiterkommission eingesetzte Ausschusskommission zu bringen. Der Grund dieser Verzögerung lag darin, daß der Herr Oberbürgermeister, bei welchem alle Verhandlungen über den Abstieg seines Sommerlohns an den Verhandlungen teilnehmen. Die Forderungen betragen im Besonderen für Gasarbeiter 37 Pf., Handwerker 40 Pf. und für Feuerleute 52 1/2 Pf. die Stunde.

Das Merkmal der Forderungen ist am besten aus der folgenden Zusammenstellung ersichtlich:

| | Gefordert | Bewilligt |
|---|-----------------|-----------------|
| | Lohn pro Stunde | Lohn pro Stunde |
| Hof-Gas- und Hilfsarbeiter | 40-45 Pf. | 40-45 Pf. |
| Verwalter, Zänkeboiler und Kesselarbeiter | 40-50 " | 40-50 " |
| Handwerker alle Kategorien | 43 5/8 " | 45-56 " |
| Schlepper in den Inspektorien | 43 5/8 " | 45-55 " |
| Bei Arbeiten auf Neubauten | 5 Pf. Zuschlag | -- |
| Stiefelmacher | 46-55 Pf. | 45-55 " |
| Heizerleute und Abfahler | 55-57 " | 53-56 " |
| Gasmaschinenführer | | |
| a nach dem Betriebe | 55-58 " | abgelehnt |
| b vom Lohn Erhöhung der | | |
| Mehrdage um 15% | -- | abgelehnt |
| Revierdrehler | pro Woche | |
| | 27-35 RM. | abgelehnt |

Hierzu ist zu bemerken, daß die Forderungen noch nicht alle in dieser Zusammenstellung enthalten, ebensowenig sind die Forderungen der Ausschusskommission schon zu Ende geführt, auch sind diese Beschüsse noch nicht erlassen, doch ist anzunehmen, daß sie von der Kommission akzeptiert werden. Wenn Verhandlungen in diesem Sinne auf dem Weg der Arbeit sind und die bewilligten Löhne nicht höher sind, als die Forderungen in verschiedenen Punkten bis untergeordnet sind und in anderen Punkten nicht. So hat man die Gasarbeiter mit der Verhandlung von einer Veranschlagung ausgeschlossen, doch ist nun wahrscheinlicher bei der Stadtverwaltung sein und im Herbst am Entschluß kommen. Die gewählten Verhandlungsleiter, das ist zum nächsten Verhandlungstermin sind bisher mit dem Entscheiden über die Forderungen und Geldbedürfnisse beschäftigt. Zu berücksichtigen sind nun mit dem Entscheidung im Lohn, nicht nicht werden. Die Lohnhöhe steigt, man nicht weiter erhöhen. So sind die Gasarbeiter zu dem, daß die Forderungen in Ordnung angenommen sind, und die Forderungen nicht nur die Lohnhöhe, sondern auch die Arbeitszeit zu berücksichtigen. Die Verhandlungen sind nun im Gange, die Verhandlungen sind nun im Gange, die Verhandlungen sind nun im Gange.

werden und selbst der Herr Oberbürgermeister hatte es für unangehörig erklärt, wenn die Zulagen nicht in einwandfreier Weise erfolgen. Sollte eine Zulage aus irgend einem Grunde vorzuenthalten werden, so soll die Direktion dies erst bei der Deputation beantragen. Bei dieser Gelegenheit ist noch eine Verbesserung zu wünschen. Bisher wurden die höchsten Löhne in 10 Jahren erreicht, das soll von jetzt ab schon in 12 Jahren geschehen. Wir halten die 12 Jahre auch noch für eine viel zu lange Wartezeit, um einen einigermaßen mittelmäßigen Lohn zu erzielen, aber jedenfalls sind für später noch bessere Erfolge zu erhoffen. Im allgemeinen sollen die Arbeitslöhne von fünf zu fünf Jahren einer Revision unterzogen werden. Weiter ist gefordert worden, diejenigen Arbeiter, welche vor vier Jahren mit in den Ausnahmestrich waren, und später wieder zu Anfangslöhnen einmündig wurden, in ihre alten Plätze wieder einzutreten, d. h. die vor dem Streit zurückgelegte Dienstzeit wenigstens nachträglich wieder anzuzählen. Diese Forderung hat die Kommission mit aller Entschiedenheit abgelehnt, indem sie den festschmerzlichen Standpunkt einnimmt, daß dies eine Prämie auf den Streit bedeute. Selbst der Gemeindevorstand des Stadtverordneten Dr. Forstner, der jedes Verbrechen natürlich hat, in den Streit nicht für ein Verbrechen einmal verurteilt, und deshalb auch hier eine ruhige Beurteilung Platz greifen konnte, verdingt nicht bei der Majorität der Kommission.

Die Beratungen der Kommission sind, wie gesagt, noch nicht beendet und vor allen Dingen steht die Verhandlung

Des Arbeitervereins

nach zur Diskussion. Außerdem sind noch diverse Anträge gestellt, z. B. Zulagen für alle Sommer- und Herbstferienzeit, wozu noch ein Zuschlag zu den in den Streik mit Demobildarbeit. Jeder Arbeit dabei dienlichen Lohn soll ein Zuschlag sein. Verwendung der willkürlichen Bestimmungen in den Verhandlungen, Absicht des Streikes ist, daß das Meinsteht in den Verhandlungen einverstanden werden kann. Neuenmantel an Stelle der Forderungen und so weiter.

Zum Schluß sei erwähnt, daß letztes Jahr über Arbeitslose im zweiten Monat Gehalt werden. So sollen ein paar Arbeiter mit dem Jahreslohn nach Stunden, um einen Lohn zu erhalten, mit ihm zu schicken um Lohn werden beordert. Ein anderer Mann hat seine Gunst, weil er seinem Mann anbietet. Die Arbeit eines anderen wieder macht bei der Frau Arbeiter die Aufmerksamkeit. Wenn man Verordnungen wegen Arbeitslosenverordnungen werden, müssen die Arbeiter das Recht verlieren die nicht so zu machen werden, sondern es die Forderungen und eben nicht. Gehaltlich indes der Herr Oberbürgermeister hat und die Arbeit, um auch zu solchen Dingen einmal Stellung zu nehmen.

Aus unserer Bewegung.

Königsberg. Eine aus höchste öffentliche Versammlung unserer Partei fand am 20. September bei T. K. statt. Zahlreiche Gäste aus allen unterworfenen Gegenden, aber insbesondere auch die Vertreter der Arbeiter, welche durch die Beschlüsse der Stadtverordneten Versammlung seitens der Stadtverordneten zum Ausschuss, dessen Vorsitz die Direktion der Arbeiter der letzten Berliner Gewerkschaftsversammlung hat. Ziel, Arbeiter für Arbeiter zu werden, doch ist über die Beschlüsse der Arbeiter der Gewerkschaftsversammlung. Welche Maßnahme der Arbeiter des Gewerkschaftsverbandes über den Vorläufer Gewerkschaftsverband V. Berlin.

In der Diskussion hat die Gewerkschaft V. Berlin die Verhandlungen über die Forderungen der Arbeiter der Gewerkschaft V. Berlin. Die Verhandlungen der Arbeiter der Gewerkschaft V. Berlin sind ein wichtiger Bestandteil der Verhandlungen. Die Verhandlungen der Arbeiter der Gewerkschaft V. Berlin sind ein wichtiger Bestandteil der Verhandlungen. Die Verhandlungen der Arbeiter der Gewerkschaft V. Berlin sind ein wichtiger Bestandteil der Verhandlungen.

Berlin V. Die Verhandlungen der Gewerkschaft V. Berlin sind ein wichtiger Bestandteil der Verhandlungen. Die Verhandlungen der Arbeiter der Gewerkschaft V. Berlin sind ein wichtiger Bestandteil der Verhandlungen. Die Verhandlungen der Arbeiter der Gewerkschaft V. Berlin sind ein wichtiger Bestandteil der Verhandlungen.

Hier bewilligte man Geschenke für die höheren Verwaltungsbeamten, feierte patriotische Feste und war Hülfstruppe bei den Wahlen für den Freistimm. Dagegen wagte kein Mitglied aufzutreten, sonst war er anderen Tages denunziert und er konnte ruhig sein Bündel schmieren. Die Direktion hielt durch den Verein ihre Arbeiter in Zug, dafür regnete es Gnadenbeweise auf die leitenden Personen des Ortsvereins. Der Direktor beehrte die Feste mit seinem Besuch usw. Als man nun i. H. den Kollegen die freien Montage nahm, sowie den berüchtigten Ausschlußparagraphen 3 der Arbeitsordnung* einführte, waren es denn auch jene führenden Personen des Ortsvereins, welche hierbei der Direktion indirekt Hilfe leisteten. Das brachte die Kollegenchaft zur Erkenntnis. Im 11. Jahren schlossen sich weit über 400 in ihrem Verbands an. Ein jeder muß zugeben, daß seitdem vieles besser geworden ist. Gestützt durch die große Mehrheit der Kollegen, stellte der im Verbands organisierte Arbeiterausschuß Anträge auf Lohnregelung, welche für jeden Kollegen eine Erhöhung von 100 bis 150 M. pro Jahr bedeuten, in Summa ca. 200000 M. Hierbei zeigte sich nun der wahre Charakter des Ortsvereinsvorstandes. Unsere Sektion verlegte zugunsten des Gewerkschaftsvereins der Strafreinigung ihr Sommerfest. An unserem Festtage hielt der Ortsverein eine sog. Protestversammlung unter Aufsicht aller Verbandskollegen ab. Gasarbeitende zogen 3 Gasarbeiter sind Stundenarbeiter, darum bekommen sie keinen Urlaub, keine Pension u. s. w.) wurden beigebracht; damit wollte man die Kollegen grüßlich machen. In der unangenehmsten Weise brüllte man den Namen des Arbeiter-Ausschusses, Kollegen Schults, nieder, welcher nur die aufgestellten Forderungen begründen wollte. Zum Schluß erklärte der Ortsvereinsvorstand nachher: Es wäre doch besser die Sektion und der Verein arbeiteten Hand in Hand, damit nicht einer gegen die aufgestellten Forderungen der anderen arbeite. Dies geschah, nachdem der Arbeiter-Ausschuß langh die in öffentlicher Versammlung einstimmig gestellten Forderungen eingereicht hatte. An der Hand der geschicktesten Volksmänner zeigte der Sekretär, daß das Vorgehen des Ortsvereins darauf berechnet ist, sämtliche Lohnforderungen zu nichte werden zu lassen. Während man selbst als Vorarbeiter einen höheren Lohn bezieht, gönnt man anscheinend den Arbeitern nicht die Lohn-erhöhung.

Die Diskussion förderte das gleiche beschämende Bild zutage. In fast allen Abteilungen sind jene Auskollegen vom Ortsverein be-merkt durch Schimpfen, Scheltensprüche u. s. w. die Verbandskollegen aus der Arbeit zu drängen. Als Sühnel und Demütigungen siehe 2. Abteilung Arbeiter-Vollmann, der vor versammelter Kollegen schreit den Kollegen Grünwaldt demütigte, den Aufsehern zur Freude glaubt; ein Teil der Ortsvereinsbrüder ließ zu Ansehen bringen zu müssen. Hier wird ein Terrorismus getrieben der jeder Ver-ehrung beraubt. Die Direktion gibt anscheinend ihren Segen dazu durch Lohnabzug und Entlassung von Verbandsmitgliedern.

Trotz alledem werden die organisierten Kollegen in Ruhe und ruhiger Besonnenheit ihre Ziele verfolgen. Die Verbesserung ihrer Arbeits- und Lohnverhältnisse wird trotz Ortsverein zur Durchföhrung kommen. In dem Sinne gelangte folgende Resolution gegen eine Stimme zur Annahme:

Die heute, am 18. September 1905, in den „Arminhallen“ circa 600 versammelten Arbeiter der Berliner Strafreinigung halten nach wie vor an den eingereichten Forderungen des Arbeiter-Ausschusses fest. Sie protestieren gegen das unerhörte Treiben des Ortsvereins, welcher mit seinen Sonderforderungen dem Verbands in den Händen fällt und durch seine gehässige, unlautere stamfsweltige Durchführung der aufgestellten Forderungen erschweren will. Die Versammelten verpflichten sich, in den einzelnen Abteilungen für den Verband einzutreten und für größere Aufklärung über die Real-täten des Ortsvereins zu sorgen.

Nachdem noch mehrere Anträge für den Arbeiter-Ausschuß zur Annahme gelangten: einstündige Abendbräute für Abendvoten, runder Tisch, Feiern u. s. w. fand die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf den Verband ihren Schluß. Eine Anzahl Kollegen traten sofort in unsern Verbands bei.

Berlin XII. Miesefeldler. Die Versammlung am 10. September, die von Arbeitern aus sämtlichen Miesefeldern beehrt war, beschäftigte sich mit der Aufstellung von Forderungen an die Verwaltung. Das entscheidende Merkmal hierzu hielt Kollege Polenske. Mehrere führten an, daß es der großen Mehrheit der organisierten städtischen Arbeiter gelte, im Laufe der letzten Jahre nicht unerhebliche Ver-besserungen zu erzielen. So seien die Lohn- einzelner Kategorien um 30 und mehr Prozent gestiegen. Ein h. anderer Erfolg sei die Erhebung von Arbeiterausschüssen und die Einführung des Sommer-urlaubes. Wenn auch die Arbeiterausschüsse die auf sie gestellten Forderungen nicht in allen Punkten erfüllt haben, so bedeutet ihre Einführung doch immerhin einen Fortschritt und können sie voraus-gesetzt, daß die Verwaltung ihre Pflicht erfüllen, in vielen Sachen den Arbeitern von Nutzen sein. Weiter seien nun leider die Miesefeld-arbeiter sowohl ohne Ausbube wie auch ohne Sommerurlaub, trotzdem im Meinen Hause, namens des Magistrats, erklärt wurde.

* Gemäß § 3 der Arbeitsordnung findet weder Bezahlung von Überstunden statt, noch ist rüchlicher Feiertagabend zugewandt.

für sämtliche städtische Arbeiter seien nunmehr Arbeiterausschüsse ein-geführt. Die dahingehenden Petitionen seien nach Monaten abdielagig bechieden worden, wenn man es überhaupt für nötig erachtete, eine Antwort darauf zu geben. Die Löhne sind im Frühjahr teil-weise reguliert worden und bieten nach dieser Regulierung folgendes Bild: Miesefeldler Anfangslohn 2,50 resp. 2,75 M., nach zehn Jahren 2,5 M. Zulage, also 3. M., für Deputanten im Sommer 1,50 resp. 2. M., im Winter 1,20 resp. 1,40 M., und das bei einer Arbeits-zeit von 12 $\frac{1}{2}$ 14 Stunden. Für Kutsher, die den horrenden Lohn von 13.— M. pro Woche erhalten, beginnt die Arbeit um 3 Uhr morgens und endet 9 Uhr abends. Eine Ausnutzung der Arbeits-kräft, wie sie in den Geschäften Stillsiens nicht schlimmer sein kann. Angehts der Teuerung der Mieten und der Lebensmittel nähern sich die Orte, in denen die Miesefeldarbeiter wohnen, immer mehr den Berliner Verhältnissen, man kann tatsächlich von einer Kostlage der Miesefeldarbeiter sprechen. Die umfangreiche Diskussion förderte außerdem noch eine Reihe von Wüßständen an das Tageslicht. So sind den Arbeitern Regenpelerinen gewährt worden, natürlich so billig als möglich. Während früher die Arbeiter nach mühen, werden sie nach Einführung der Pelerinen — nah und schmissig. Unter-kunftsräume für die Arbeiter existieren nicht. In Erdhöhlen, die sich die Arbeiter hier und da gebaut haben, verbringen sie ihre Pausen bei schlechtem Wetter oder in der kalten Jahreszeit. Einige 100 M. würden genügen, um Unterkunftsräume zu beschaffen. Die Verantwor-tung beizulag, einstimmig die Einreichung einer Petition mit der Forderung auf Errichtung von Arbeiterausschüssen, Gewährung von Sommerurlaub sowie einer allgemeinen Lohnregelung in der Weise, daß die Anfangslöhne der Miesefeldler 21. M. pro Woche betragen, steigend pro Jahr um 1.— M. bis zum Höchstlohn von 27.— M. Für Deputanten einen Anfangslohn von 15.— M. pro Woche, steigend wie oben bis 18.— M. Feiertage 25 Pfg. Zulage pro Tag erhalten. Die Versammlung beschloß, daß in Zukunft regelmäßige Versammlungen stattfinden sollen und war für Oktober in der Puch-holz-Kabener in Hohen Schönhausen und im Dezember gemeinsam in Berlin.

Lichtenberg-Berlin. Mitgliederversammlung am 6. September. Sehr gut. Kollege Polenske sprach über die Vorteile der verkürzten Arbeitszeit für die Arbeiter. Im Verlauf seiner Ausführungen wies er auf den Kampffonds hin. In der Diskussion wurde angefragt, wie denn dieser Kampffonds verwaltet werden solle. Kollege Polenske bemerkte dazu, daß dies auf zentraler Weise geschehen solle. So lange aber Berlin allein Ertragsbeiträge erhebe, dieses Geld von der Ortsverwaltung verwaltet würde. Die Lichten-berger Kollegen sprachen ebenfalls für die Zentralisation aus. Eine provisorische Abstimmung der anwesenden Gasarbeiter ergab, daß die Kollegen mit der Erhöhung der Beiträge auf 40 Pfg. pro Woche einverstanden waren. Sodann gaben die Kollegen der Strafreinigung und der Anlage eine Menge Wüß-stände in ihren Petrieben kund; da sie aber keinen Arbeiterauschuß haben, sei hier schwer Abhilfe zu schaffen. Es wurde deshalb eine Petition an das Gemeindefollegium um Errichtung eines Arbeiter-ausschusses beschlossen. Sollte dieser Wunsch wider Erwarten abgelehnt werden, so werden sich die Arbeiter dieser Petrie mit einer Petition in der die Wüßstände bekannt gegeben werden, an die Gemeindevorstellung wenden und um Abhilfe bitten. Die Kollegen begründeten ihre Forderung mit dem Hinweis auf den seit Anfang dieses Jahres bestehenden Arbeiterauschuß, der Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-werte, welcher zum Teil wiederholend gewirkt hat. Von einigen Kollegen wurde der Wunsch geäußert, bei der Gemeindeverwaltung um Errichtung eines Arbeitsnachweises vorstellig zu werden. Es wurde dabei ganz besonders auf das Verhalten des Strafreinigungs-inspektors Kraus hingewiesen. Dieser Herr läßt es sich Arbeiter an seiner Heimat Weintrauben kommen zu lassen und hier einzustellen, während er die hiesigen Arbeiter bei der geringsten Meinungs-ent-lage und damit den Hausen der Arbeitslosen im Orte noch verneht. Hinweis dafür ist, daß seit circa vier Jahren 40 Arbeiter von diesem Herrn entlassen reich rausgegraut worden sind. Auch hat er vor kurzem vier junge Weiber von 15-17 Jahren eingestellt. Wir meinen es wären hier genug arbeitslose Familienwäter vorhanden, die diese Arbeit mit Freuden annehmen würden. Die Sektionsleitung wird dieser Sache näher treten.

Berlin-Mummelsburg. Lange haben die Mummelsburger Ge-meindebehörden gegen den Wunsch an eine Zentralisation gekämpft. Alle Forderungen setzen sie auf das Wohlwollen der Gemeindevor-waltung. Es schien auch so, als sollten sie sich nicht täuschen. Bei der letzten Ortsberatung wurde von Sozialdemokratischer Seite der Antrag auf Aufhebung der Löhne der Gemeindevorarbeiter eingebracht. Eine neue Lohnskala sollte aufgestellt werden. Ein paar Monate nachher haben wir in der Tat die Zustimmung eine beschlossene Lohnaufhebung bekannt. Genehmigt waren die Lohnsätze von 3,50 M. woch, nach drei Jahren 3,75 M. und nach vier Jahren 4 M. Er-gänzt tragen sich nun die Arbeiter wo diese Lohnveränderungen eigentlich bleiben. Einige Kollegen haben keine Zulagen bekommen, die weitaus größte Zahl aber nicht. Nach wie vor erhalten alle Arbeiter, beim Sommerpro Stunde 35 Pfg. Nachfolger usw. ein-behalten. Als besonderer Mibstand wird empfunden, daß die Arbeiter nicht immer regulär beschäftigt werden für Sonntag.

Einnahmen und Ausgaben der Filialen respektive (1. April 1905 bis

| Laufende Nummer | Filiale | Bei der Hauptloge ein gegangen am | Einnahme | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|-----------------|--------------------|-----------------------------------|------------------------------------|---------|--|---------|--|--------|---|---------|---|---------|--|----|----------------------------------|----|-----------------------|----|--------------------|----------|
| | | | Bestand bei der letzten Abrechnung | | Eintrittsgelder für männliche Mitglieder | | Eintrittsgelder für weibliche Mitglieder | | Wochenbeiträge für männliche Mitglieder | | Wochenbeiträge für weibliche Mitglieder | | Wochenbeiträge für pensionierte Mitglieder | | Ergänzungseinnahmen der Filialen | | Zusätzliche Einnahmen | | Summe der Einnahme | |
| | | | M. | P. | M. | P. | M. | P. | M. | P. | M. | P. | M. | P. | M. | P. | M. | P. | M. | P. |
| 1 | Hamburg | 16 7 05 | 20 59 | — | 50 | — | — | 162 60 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 160 39 |
| 2 | Hannover | 16 7 05 | 48 02 | — | 6 | — | 22 40 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 33 12 |
| 3 | Berlin | 31 7 05 | 4316 67 | 551 50 | 21 25 | 9270 80 | 304 50 | 17 80 | 359 20 | 2329 75 | 168 20 | — | — | — | — | — | — | — | — | 17334 36 |
| 4 | Brandenburg | 21 8 05 | 4 50 | — | 2 | — | 102 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 111 60 |
| 5 | Bremen | 11 7 05 | 342 79 | 21 50 | — | 545 80 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 1025 34 |
| 6 | Breslau | 16 7 05 | 239 96 | 117 50 | — | 964 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 1659 06 |
| 7 | Düsseldorf | 18 8 05 | 44 27 | 3 50 | — | 238 60 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 293 27 |
| 8 | Chemnitz | 14 7 05 | 118 82 | 6 6 | — | 243 10 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 440 87 |
| 9 | Dohn a. Rh. | 26 7 05 | 3 55 | 6 6 | — | 20 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 29 55 |
| 10 | Dresden | 12 7 05 | 933 68 | 6 6 | — | 25 | 2187 60 | 21 10 | 2 60 | 68 30 | 2930 65 | 134 50 | — | — | — | — | — | — | — | 6367 58 |
| 11 | Düsseldorfer | 18 7 05 | — | 07 | — | 12 | 51 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 75 57 |
| 12 | Eberfeld | 16 8 05 | 61 40 | 2 50 | — | 171 10 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 242 30 |
| 13 | Erfurt | 25 7 05 | 73 49 | 1 50 | — | 125 60 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 205 29 |
| 14 | Erlangen | 4 8 05 | — | 1 73 | — | 3 | 73 20 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 81 43 |
| 15 | Frankfurt a. M. | 29 7 05 | 325 72 | 25 50 | — | 459 60 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 1094 82 |
| 16 | Frankfurt a. S. | 10 7 05 | 169 49 | 9 9 | — | 119 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 342 09 |
| 17 | Hamburg i. d. Elbe | 17 8 05 | 356 79 | 4 50 | — | 422 20 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 907 30 |
| 18 | Hera. Rh. u. S. | 2 8 05 | 39 06 | 3 3 | — | 86 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 147 96 |
| 19 | Gotha | 11 7 05 | 44 29 | 1 1 | — | 49 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 120 51 |
| 20 | Göringen | 26 8 05 | 112 38 | 1 2 | — | 36 60 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 197 03 |
| 21 | Worms | 20 7 05 | 39 84 | — | — | 65 20 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 115 34 |
| 22 | Halle | 11 7 05 | 6 5 | 14 | — | 182 10 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 332 80 |
| 23 | Hamburg | 22 7 05 | 1733 13 | 126 50 | — | 25 | 4933 | 5 85 | 2 10 | 240 16 | 1719 15 | 199 79 | — | — | — | — | — | — | — | 5969 17 |
| 24 | Seidelberg | 12 7 05 | 22 18 | — | — | 19 20 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 42 38 |
| 25 | Seelbrom | 11 7 05 | 171 02 | — | — | 1 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 275 32 |
| 26 | Saarlouis | 5 7 05 | 43 50 | 43 | — | 318 20 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 455 50 |
| 27 | Wiesbaden | 11 7 05 | 344 72 | 35 | — | 387 80 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 869 92 |
| 28 | Wiesbaden | 11 7 05 | — | 68 | 50 | 36 80 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 108 50 |
| 29 | Wien | 16 7 05 | 306 58 | 32 | — | 1166 80 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 1563 97 |
| 30 | Zwickau | 19 7 05 | 21 02 | — | — | 73 20 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 104 12 |
| 31 | Zwickau | 22 7 05 | 977 24 | 31 50 | — | 773 60 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 1909 06 |
| 32 | Hann. | 26 7 05 | 318 13 | — | — | 792 60 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 1249 38 |
| 33 | Hannover | 11 7 05 | 415 52 | 5 9 | — | 1294 60 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 2152 62 |
| 34 | Hannover i. Elbe | 15 7 05 | 47 16 | 6 6 | — | 202 20 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 399 61 |
| 35 | Hannover | 23 7 05 | 99 51 | 35 50 | — | 1015 10 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 1229 27 |
| 36 | Hannover | 26 7 05 | 215 77 | 28 50 | — | 785 20 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 1253 02 |
| 37 | Hannover | 14 8 05 | 13 16 | 1 50 | — | 29 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 45 86 |
| 38 | Hannover | 19 7 05 | 70 44 | 25 50 | — | 192 40 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 297 40 |
| 39 | Hannover | 21 6 05 | 9 19 | 4 6 | — | 192 10 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 115 89 |
| 40 | Hannover | 12 7 05 | 245 61 | 17 50 | — | 635 50 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 973 91 |
| 41 | Hannover i. Elbe | 12 7 05 | 29 03 | 43 50 | — | 187 20 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 253 53 |
| 42 | Hannover | 24 7 05 | 2112 05 | 59 50 | — | 1596 20 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 1290 95 |
| 43 | Hannover | 16 7 05 | 304 91 | 35 50 | — | 524 50 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 904 96 |
| 44 | Hannover | 26 7 05 | 113 11 | 9 50 | — | 192 50 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 367 91 |
| 45 | Hannover | 4 7 05 | 24 74 | 1 50 | — | 68 50 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 116 23 |
| 46 | Einzelmitglieder | 3 7 05 | — | 25 50 | 4 75 | 287 20 | 81 15 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 538 40 |
| Summe | | | 15061 24 | 1614 50 | 27 50 | 3624 20 | 126 60 | 55 10 | 1290 60 | 9922 90 | 998 17 | 6008 30 | | | | | | | | |

Anmerkung: Kennzeichnet wurde die Filiale

arbeit gibt es keinen Aufschlag. Die Verkerwaltung zahlt 10 und 15 Pf. die Stunde. Je zwei Arbeiter erhalten pro Woche nur je 15 Pf. Selbst Handwerker werden mit 30 Pf. Stundenlohn abgeführt. Je einem Maurer und Steinhauer gewährt man den höchsten Lohn von 18 Pf. pro Woche. Eine große Unzufriedenheit hat daher Platz gegriffen. Leider nicht aber ein Teil der Arbeiter nicht die richtige Lehre aus dem Verhalten der Gemeindeverwaltung. Man hat sich zu organisieren. Die Arbeiter über die Lohnzulage und machen eine Forderung in der Sache Gerade die jüngeren Arbeiter, die den älteren als Muster dienen sollten, sind die Unzufriedenheit. Sie scheinen noch gar nicht zu wissen, daß die Arbeiter alle ihre Vorteile nur durch festen Zusammenschluß erreicht haben.

Charlottenburg. Eine sehr alte lokale Verbindung fand am 5. Dezember im Volkshaus statt. Burg, sprach über die gemeindefreie. Man kann die Zustände sind folgende Resolutionen. Die hiesige Reichsanstalt beschließen, die Sozialen Arbeitern zu fördern, im Stadtparlament zu beauftragen. Alle Entscheidung solcher Arbeiter, die über zwei Jahre im Dienst der Stadt stehen, nach sechs von der Entscheidung eines einzelnen Vorarbeiters abhängig zu machen. Und in die bestimmte Entscheidung in die Hände einer unabhängigen Kommission, welcher

unter Massentransportern und Stadtverordnete angehören, zu lesen. Eine bestimmte Forderung in im Interesse einer anderen Behandlung der Arbeiter arbeiten. So kann man die Verhältnis der Arbeiter, einander zu errichte, wodurch an andere Stelle des Plantes besonders berichtet wird. Bei dieser Gelegenheit tritt der Stadtverordnete Dr. Borchardt mehrfach in die Debatte ein.

Dresden. Der Alkohol und die Gewerkschaften, über dieses gewiß aktuelle Thema sprach am 10. Dezember Genosse Jungelthal von der Dresdener Ortsgruppe abstinenten Arbeiter vor seiner hiesigen beidseitigen Versammlung. Meierent legte dar, daß die Abstinenzbestrebungen der Arbeiter hauptsächlich darauf hinauslaufen, die Straße der Arbeiterbewegung zu weiten und zu stärken. Ausländische Gewerkschaften und politische Parteien hätten deshalb in ihren Statuten zu Bekämpfung des Alkoholismus entsprechende Bestimmungen. In neuerer Zeit zeigte sich auch in Deutschland ein abnehmendes lebhaftes Interesse. Auf Grund der bekannten Gutachten aus Spani und Wien, sagte Meierent, wie wenig der Alkohol dem menschlichen Organismus nütze und wie sehr er schade. Man würde sich lediglich an den stäubenden Genuß und der Alkohol nachteilig auf den Charakter, was man gerade in den Gewerkschaften sehr oft beobachten konnte. Die Aufgabe der Gewerks-

größerer Einzelmitgliedschaften im 2. Quartal 1905. 30. Juni 1905.)

| Verz. Nr. | Agitation | | Unterfrömmung aus lokalen Mitteln | | Beiträge für das zentrale Gewerkschafts-, Fortbildung und Arbeiterlehrinstitut | | Bildungsmittel | | Sonstige Ausgaben | | An den Vorhandesvorhand | | Summe der Ausgabe | | Bleibt in der Bilanzensaf-Verhand | | Zahl der Mitglieder | | Kaufende Nummer | | | |
|-----------|-----------|-----|-----------------------------------|-----|--|-----|----------------|-----|-------------------|-----|-------------------------|------|-------------------|-------|-----------------------------------|------|---------------------|--------------------|-----------------|-------|---------|----|
| | Mk. | Pf. | Mk. | Pf. | Mk. | Pf. | Mk. | Pf. | Mk. | Pf. | Mk. | Pf. | Mk. | Pf. | Mk. | Pf. | in diesem Quartal | im vorigen Quartal | | mehr | weniger | |
| 1 | 13 | 50 | 7 | 50 | | | 6 | 70 | | 17 | 05 | 115 | 60 | 160 | 65 | 29 | 74 | 70 | | 1 | | |
| 2 | 24 | 83 | 8 | 75 | | | 41 | 57 | | | 159 | | 234 | 15 | 98 | 97 | 100 | 92 | | 2 | | |
| 3 | 2720 | 61 | 1210 | 50 | | | | 441 | 80 | | | 7827 | 05 | 11708 | 55 | 5025 | 51 | 5074 | 4547 | 3 | | |
| 4 | 11 | 20 | 2 | 50 | | | 4 | 90 | | | 78 | | 91 | 60 | 26 | | 41 | 41 | | 4 | | |
| 5 | 100 | 70 | 6 | 30 | 80 | | 86 | 78 | | | | 418 | 76 | 617 | 54 | 407 | 50 | 945 | 812 | 5 | | |
| 6 | 280 | 40 | 196 | 50 | 10 | | 37 | 95 | | | | 774 | 37 | 1299 | 22 | 850 | 74 | 597 | 869 | 6 | | |
| 7 | 46 | 50 | | | | | 10 | 13 | | | | 169 | | 225 | 63 | 67 | 54 | 96 | 80 | 7 | | |
| 8 | 46 | 52 | 0 | 20 | 4 | | 19 | 50 | 3 | 35 | | 176 | 47 | 259 | 04 | 181 | 54 | 118 | 116 | 8 | | |
| 9 | 1060 | 92 | 109 | 50 | 142 | 50 | 45 | | 10 | | 75 | 1631 | 69 | 2996 | 53 | 3367 | 72 | 1122 | 1620 | 9 | | |
| 10 | 13 | 13 | 5 | 50 | | | | | | | | 47 | 10 | 65 | 73 | 5 | 74 | 62 | 37 | 10 | | |
| 11 | 9 | 77 | 1 | 70 | | | 6 | 50 | | 17 | 90 | 128 | 76 | 159 | 63 | 82 | 57 | 75 | 103 | 11 | | |
| 12 | 18 | 62 | 10 | | | | 5 | 50 | | 2 | 20 | 80 | 94 | 126 | 26 | 79 | 63 | 64 | 61 | 12 | | |
| 13 | 14 | 75 | | | | | 5 | 20 | 2 | | | 55 | 30 | 77 | 25 | 4 | 74 | 35 | 30 | 13 | | |
| 14 | 100 | 76 | 78 | | 72 | 60 | 35 | | 8 | 60 | 21 | 388 | 50 | 644 | 46 | 450 | 36 | 352 | 322 | 14 | | |
| 15 | 8 | 85 | | | | | 22 | 50 | 25 | 90 | | 115 | 94 | 172 | 59 | 169 | 30 | 82 | 78 | 15 | | |
| 16 | 80 | 13 | | | 8 | | 55 | 50 | | | 33 | 303 | 53 | 489 | 16 | 478 | 14 | 170 | 165 | 16 | | |
| 17 | 18 | 63 | 8 | 35 | 80 | | 10 | 80 | | | | 63 | 93 | 97 | 61 | 80 | 65 | 42 | 39 | 17 | | |
| 18 | | 95 | | | 10 | | 4 | | | | | 85 | 87 | 50 | 82 | 69 | 69 | 20 | 21 | 18 | | |
| 19 | 1 | 54 | | | 5 | 50 | 9 | 10 | | | 10 | 27 | 80 | 54 | 84 | 142 | 64 | 23 | 21 | 19 | | |
| 20 | 10 | 65 | 8 | | | | 1 | 74 | | | 4 | 58 | 74 | 73 | 63 | 41 | 69 | 27 | 13 | 20 | | |
| 21 | 47 | 75 | | | | | 20 | | 5 | | | 141 | 40 | 214 | 15 | 118 | 65 | 96 | 51 | 21 | | |
| 22 | 2015 | 57 | 144 | 70 | 162 | 40 | 240 | | | 30 | 60 | 3680 | 92 | 6254 | 19 | 2765 | 92 | 2319 | 2195 | 22 | | |
| 23 | 5 | 70 | 4 | 50 | | | | | | 9 | 47 | 18 | 50 | 33 | 17 | 9 | 24 | 16 | 37 | 23 | | |
| 24 | 11 | 96 | | | 15 | | 6 | | 1 | 20 | | 71 | 19 | 104 | 36 | 170 | 96 | 50 | 94 | 24 | | |
| 25 | 57 | 39 | 0 | | 17 | 70 | 12 | 60 | | 50 | | 293 | 72 | 391 | 11 | 64 | 36 | 292 | 146 | 25 | | |
| 26 | 62 | 92 | | | 4 | | 30 | 60 | | | 321 | 50 | 390 | 47 | 719 | 49 | 156 | 43 | 158 | 56 | 26 | |
| 27 | 5 | | | | | | | | | | | 83 | 23 | 96 | 23 | 12 | 27 | 137 | 137 | 27 | | |
| 28 | 175 | 96 | 15 | 67 | | | | | | | | 56 | 47 | 1047 | 50 | 518 | 47 | 524 | 504 | 28 | | |
| 29 | 20 | 98 | | | | | | | | 3 | 97 | 58 | 70 | 88 | 65 | 29 | 47 | 44 | 32 | 29 | | |
| 30 | 124 | 33 | 17 | 10 | 130 | | 32 | 50 | | | 3 | 582 | 63 | 889 | 76 | 1019 | 36 | 362 | 323 | 30 | | |
| 31 | 118 | 63 | 106 | 40 | 62 | | | | | 6 | 80 | 573 | 16 | 697 | 92 | 797 | 36 | 608 | 578 | 31 | | |
| 32 | 226 | 67 | 27 | 45 | 45 | | 61 | 60 | 4 | 25 | 10 | 979 | 67 | 1354 | 34 | 797 | 62 | 697 | 419 | 32 | | |
| 33 | 80 | 15 | 47 | 50 | 10 | | 22 | 50 | | | | 299 | 16 | 369 | 61 | | | 155 | 226 | 33 | | |
| 34 | 186 | 99 | 35 | 96 | 80 | | 79 | 60 | 50 | 74 | 20 | 733 | 60 | 1187 | 09 | 102 | 18 | 516 | 493 | 34 | | |
| 35 | 315 | 96 | 16 | 50 | | | 10 | 32 | | | 35 | 579 | 93 | 950 | 36 | 303 | 26 | 328 | 344 | 35 | | |
| 36 | | 61 | | | | | | | | | | 23 | 04 | 27 | 65 | 18 | 21 | 15 | 122 | | 36 | |
| 37 | 90 | 50 | 16 | 76 | | | | 34 | | | | 163 | 06 | 297 | 56 | 30 | 04 | 130 | 68 | | 37 | |
| 38 | 43 | 61 | | | | | | | | | | 72 | 28 | 115 | 69 | | | | 68 | | 38 | |
| 39 | 115 | 31 | 29 | 80 | | | 16 | 95 | | | | 496 | 50 | 628 | 36 | 345 | 55 | 325 | 311 | | 39 | |
| 40 | 47 | 82 | 4 | 05 | | | 10 | 50 | | | | 171 | 10 | 233 | 77 | 19 | 76 | 132 | 114 | | 40 | |
| 41 | 242 | 65 | 102 | 40 | 541 | 60 | 90 | 45 | | | 8 | 1530 | 53 | 2516 | 43 | 1244 | 32 | 950 | 822 | | 41 | |
| 42 | 77 | 18 | 6 | 95 | | | 25 | 50 | | 75 | | 494 | 86 | 529 | 34 | 324 | 42 | 319 | 283 | | 42 | |
| 43 | 13 | 61 | | | 41 | | | | 2 | | | 129 | 52 | 190 | 43 | 117 | 42 | 65 | 75 | | 43 | |
| 44 | 22 | 27 | 12 | 50 | | | | | | | | 53 | 14 | 53 | 40 | 35 | 02 | 29 | 29 | | 44 | |
| 45 | | | | | | | | | | | | 53 | 40 | 53 | 40 | | | 29 | 199 | | 45 | |
| 46 | 8612 | 11 | 2255 | 74 | 1391 | 60 | 1063 | 23 | 549 | 31 | 554 | 31 | 24820 | 98 | 39247 | 33 | 29760 | 97 | 16798 | 15209 | | 46 |

Königsberg i. Pr. Eingegangen ist Regensburg.

schaften sei, mit Wort und Schrift auffklärend zu wirken. für eine gute wirtschaftliche Grundlage zu kämpfen, die Arbeitgeber zu veranlassen, für gute Löhnen und Unterkunftsräume sowie für Verteilung von Wasser und Elektrizität zu sorgen für den Nat in Dresden habe dies Gelingen in erster Linie habe dieser die Verpflanzung, alle Maßnahmen zur Befreiung des Alkohols zu ergreifen. Dazu gehöre auch die Befreiung von Unterkunftsraum; für das Verbot der Strakenbahnen an den Endpunkten. Das jetzt sei das Verbot direkt darauf anzuwenden, selbst bei der Befreiung der Natdurst Alkohol zu konsumieren. Nach einem Hinweis darauf, daß der Alkohol in Deutschland jährlich etwa drei Milliarden Mark für Kulturzwecke, aber nur etwa drei Millionen Mark jährlich verausgabt würden, bemerkte Kolbe, daß er nun durchaus nicht verange, jeder solle sofort dem Alkohol total entsagen, aber er richtete an die Versammlung die dringende Bitte, der Alkoholverbot näherzutreten. In der Debatte ergab sich zunächst gewisse Punkte die Ausführungen des Referenten. 2. im Anschluss folgt er, dann zusammen die einzige Nutzen des Alkohols sei der Preis und Fremdenverhältnisse die Tischen zu füllen. Aber das nicht wollen, dem könne er nur absolute Abstinenz empfehlen. Kollege Richter nimmt zunächst Bezug auf seine letzte Unterredung mit dem Herrn Oberbürgermeister

Dieser habe gesagt, es sei uns nicht ernst mit der Befreiung des Alkohols. Demgegenüber betont Kolbe, daß wir zu jeder Zeit und bei jeder Gelegenheit bereit gemacht hätten gegen den Alkoholismus; wenn der Nat diese Hebel ebenfalls energisch bekämpft würde, dann sei auch ein Alkohol zu bezeichnen. Aber der Nat sehr einige Hebel nicht scheinen, aber die Alkohollieferanten zu protezieren. Das könne man annehmen, wenn man die jüngsten Mitteilungen betrachte. In aller Fällen wären auf die Demonstrationen vorzugehen, allerdings nicht organisierte Trinker, sondern organisierte Stougen auf die Straße gehen, ohne ihnen das jedem Verbraucher aufhende Recht der Verteidigung zu gewähren. Es habe sich den Ansehen, daß gegenwärtig der Grundbau herrsche, aber keine ein Arbeiter dreimal in der Woche, bestimmt sein, wenn er nicht organisiert ist. Ein organisiert Arbeiter lasse sich eben nicht alle Punkten und das voll verschiedenen Verten mit in den Namen. Solche Zustände müssen beseitigt werden. In mehr oder weniger zunehmendem Maße machen noch einige Stougen. Nach einem Schlusswort des Referenten fand folgende Resolution einstimmige Annahme: Die heutige Versammlung der in händlichen Betrieben beschäftigten Personen erkenne den Alkoholverbot, eine schwere Gefahr für die Arbeiterschaft. Sie ist der Meinung, daß um diese Gefahr energisch zu

Verbandsteil.

Adressen der Verbandsleitung.

Geschäftsstelle des Verbandsvorstandes:
Berlin W. 30, Winterfeldtstr. 24.
 Telefon: Amt IX, 6488.

Alle Korrespondenzen, die den Verbandsverband betreffen, sind an den geschäftsführenden Vorsitzenden **Dr. Voersch**, alle Geldsendungen für die Verbandskasse an den Verbandskassierer **G. Ahmann**, alle Zuschriften für die „Gewerkschaft“ nur an **H. Bürger** zu richten.

Sämtliche Beschwerden gehen zunächst an den Vorsitzenden des Verbandsvorstandes **Dr. Voersch**, gegen die Entscheidungen des Verbandsvorstandes in Beschwerde bei dem Verbandsausschuss, Hamburg, Dürter 11, zulässig.

- Zweigtubereu Stuttgart: Holzstr. 16. E. Altwater.
- Zweigtubereu Leipzig: Bismarckstr. 25.
- Zweigtubereu Berlin-Brandenburg: Berlin, Winterfeldtstraße 24. E. Heinze.
- Zweigtubereu Köln a. Rh.: Severinstr. 58. H. Schäfer.
- Ortstubereu Berlin: Alte Jakobstr. 145. E. Dittmer.
- Ortstubereu Hamburg: Dürter 11. D. Schönberg.
- Ortstubereu Dresden: Rippenbergstr. 2. A. Pilschen.

Quittung der Hauptkasse.

Für das 3. Quartal 1905 gingen an Beiträgen ein: Dresden 1, Rate 700.— Ml. Hamburg 1, Rate 800.— Ml.
 Für die ausgeiperrten Tabakarbeiter:

| Ort | Aus der Kassa | Durch Sammelstätten |
|----------------------|---------------|---------------------|
| Berlin 2. Rate | — | 122,40 Ml. |
| Zweigtubereu 5. Rate | — | 17,15 „ |
| Summa | — | 139,55 Ml. |

Bereits quittiert 1120,03 Ml., zusammen 1259,58 Ml.

Da die Ausiperrung der Tabakarbeiter durch gegenseitige Vereinbarungen der in Betracht kommenden Organisationen beendet ist, ersuchen wir die noch ausstehenden Listen umgehend einzusenden.

Für die freitretenden Gasarbeiter Vorheim's:
 Bamberg 2 Ml. 1,10 Ml. Berlin (Zweigtubereu) 837 22,10 Ml. 838 5,40 Ml. 839 8,85 Ml. 840 8,75 Ml. 841 13,15 Ml. 842 17,20 Ml. 843 6,45 Ml. Brandenburg Ziste 207 11,50 Ml. 208 6,50 Ml. 209 5,50 Ml. 211 2,80 Ml. Chemnitz à Conto 23 „ Ml. Dresden à Conto 100 „ Ml. Fürth in Bayern Ziste 389 10,40 Ml. 390 9,40 Ml. 391 5,90 Ml. 392 4,80 Ml.
 Aus der Kassa 25 „ Ml. Hamburg à Conto 100 „ Ml.
 Leipzig Ziste 576 3,30 Ml. 581 7,20 Ml. 583 5,90 Ml. 584 11,15 Ml. 585 8,10 Ml. Nürnberg Ziste 676 14,75 Ml. 677 0,85 Ml. Zusammen 456,60 Ml.

G. Ahmann, Hauptkassierer.

Eingegangene Schriften und Bücher.

„Lafalle als Sohn und Bruder“ — so lautet, man die Sammlung von Briefen Lafalles auch betiteln, die jedoch im Verlag der Buchhandlung Vorwärts unter dem Titel: „Intime Briefe Lafalles an Eltern und Schwester“, herausgegeben von Eduard Bernheim, erschienen sind. Es sind im ganzen 112 Briefe, die Lafalle teils zu seinen Eltern, teils an seine einzige Schwester geschrieben hat, und die dessen, ohne vollständig zu sein, die ganze Periode von Lafalles Studienjahren bis zum Vorabend seines Todes. Lafalle gibt sich in ihnen mit der ganzen Innigkeit aus, die man den nach ihm Angehörigen gegenüber an den Tag legt, er spricht in ihnen von allem, was ihm Leben bewegt; von den großen Kämpfen der Arbeiter, wie von den kleinen und auch kleinen Angelegenheiten des täglichen Lebens. Die „Intimen Briefe“ tragen so auch ein gutes Bild zur Hervorhebung des Bildes des Menschen Lafalle bei. Nicht zu seinem Nachteil. Wohl treten auch hier Lafalles bekannte Fehler in die Erscheinung, daneben aber lernen wir eine Reihe sympathisch anmutender Charaktereigenschaften kennen. Ein aufmerksamer, zärtlicher Sohn, ein treuer, beherzogter Bruder, heißt es in dem Besondere, „am hier vor unsrer Augen.“ Dieses Urteil wird allgemeine Zustimmung finden. Sehr temperamentvoll sind seine Briefe an seine Schwester, der gegenüber er sich über sein Verhalten zu den Frauen merklich offen ausdrückt. Sie finden in dieser Hinsicht eine Ergänzung in jenen dem Anhang beigegebenen Briefen an Frauen über Liebe und eheliche Treue. So empfängt der Leser der „Intimen Briefe“ nicht nur einen Einblick in das Innenleben Lafalles, auf das gar manchmal die Heberchrift: „Menschliches, allmenschliches“ steht, sondern auch zugleich wieder interessante Stücke aus der geistigen Welt dieses rühmlichen und tiefen Denkers. Auch auf die zeitgenössische Geschichte fällt in diesen Briefen manches interessante Licht. Der Sammlung, der auch zwei Briefe Sophie Dastwiz's an die Anagoräerin Lafalles beigegeben sind, geht ein allgemein orientierendes Besondere und erläuternde Vorwort voraus. Das Buch kostet 3 Ml. und ist in allen Parteibuchhandlungen zu haben.

„Die Neue Gesellschaft“, Sozialistische Wochenchrift. Herausgeber: Dr. Heinrich Brunn und Frau Brunn. Verlag: Berlin W. Wilmeshof 7. Preis des Einzelheftes 10 Pf., pro Vierteljahr 1,20 Ml.

„Der Arbeitermarkt“, Halbmonatsschrift der Zentralstelle für Arbeitermarkterhebung. Herausgeber: Dr. J. Jantrow, Berlin, Verlag von Georg Reimer.

Briefkasten.

Zurückgestellt wurden wegen Raummangetz die größeren Einsendungen aus Düsseldorf, Breslau, Bremen und München. Die Münchener Kollegen tun gut, den Veröffentlichungsbedingungen der Schwarzgen nachdrücklich entgegenzutreten und in nächster Zeit werden wir die Herrschaften die in der „Gewerkschaftsstimme“ ihr Wissen freisetzen und in Versammlungen ihre langen Sätze in Vertretung legen, wieder einmal bei den langen Ohren ansetzen.

Hamburg. Hierdurch machen wir unsere Kollegen auf die in unserer heutigen Nummer enthaltene Anzeige der Firma **H. W. Garmes** besonders aufmerksam. Es ist uns gelungen, unseren Mitglidern die gleichen günstigen Bedingungen zu erwirken, wie sie von besagter Firma dem Hamburgerischen Staatsbeamten-Verein und ähnlichen Korporationen gewährt werden. Wir können daher die Firma **H. W. Garmes** unseren Kollegen bei Bedarf von Feuerungsmaterialien bestens empfehlen.
 Der Kassa-Verband.

Allgemeiner Bau-, Spar- und Wohnungsverein „Solidarität“

Eing. Genoss. m. beschr. Haftpflicht.

Einladung zur General-Versammlung

am Montag, den 9. Oktober 1905, abends 8 1/2 Uhr im **Gewerkschaftshaus, Engel-Wer 15.**

- Tages-Ordnung:
 1. Jahresbericht und Rechnungslegung.
 2. Bericht über die stützgehebe Revision durch den Genossenschaftsrevisor.
 3. Befestigung des Gebühretages von Anleihen und Spareinlagen.
 4. Statutenänderung.
 5. Neuwahlen.
 6. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Allgemeiner Bau-, Spar- und Wohnungsverein „Solidarität“.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

| Aktiva | Bilanz am 31. Dezember 1904. | Passiva |
|-----------------------------------|---|-----------------------|
| Bausparbaben | 3981,40 Ml. | Geschäftsanteil Konto |
| Spareinlagen | 36,35 „ | Spareinlagen |
| Geräte und Möbel | 600,— „ | Reservefonds |
| | | Reingehinn |
| | 3987,75 Ml. | 3987,75 Ml. |
| Debet | Gewinn- und Verlust-Rechnung 1904. | Credit |
| Abschreibung auf Geräte und Möbel | 60,12 Ml. | Zinsen |
| Geschäftsumkosten | 103,33 „ | Zonstige Einnahine |
| Reingehinn | 70,85 „ | |
| | 244,30 Ml. | 244,30 Ml. |

Berlin, den 15. September 1905.

Mitgliederzahl:

Am 31. Dezember 1903 150 Genossen, ausgeschieden 1 Genosse; eingetreten 6 Genossen. Mitglieberbestand 157 Genossen.

Das Geschäftsguthaben der Genossen hat sich um 141,82 Ml. verringert. Die Passsumme der Mitglieber betrug 31.440 Ml. hat sich also um 1409 Ml. vergrößert.

Bruno Voersch.

Heinrich Bürger.

„Die Gewerkschaft“ erscheint alle 14 Tage Freitags und ist durch die Post unter Nr. 3164 der Postzeitungsliste zu beziehen. Der Bezugspreis für das Vierteljahr ist 2 Mk. (ohne Postgeld). Anzeigen kosten die vierzehntägige Zeitzeile 0,40 Mk., bei Wiederholungen billiger. Für Verbands-Filialen und Mitglieder 0,15 Mk. netto.

Achtung!
Hamburger Verbands-Kollegen!

Aufere nächste
Mitglieder-Versammlung

findet statt am Sonntag, den 22. Oktober 1905, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Lokale „Hamburger Ballhaus“, Neustädterstraße 43/44.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag (Referent).
2. Abstimmung über den Antrag des Verbandsvorstandes betreffend Herabsetzung der Delegiertenzahl für den nächsten Verbandstag.

Sämtliche Mitglieder müssen an der Abstimmung teilnehmen und daher erscheinen.
Der Filialvorstand.

Filiale München

Zum Gedächtnis der Jubiläumssammlung vom 5. September kommen ab 1. Oktober 1905 Marken zum Wert von 25 Pf. zur Ausgabe.

Die hierdurch gewonnenen Mittel dienen zur Unterstützung der Arbeit eines Verbandsbureaus, sowie zur Anstellung eines Sekretärs.

Die Mitglieder werden ersucht, rückständige Beiträge möglichst zu begleichen.

Die Filialleitung,
H. W. Harms.

Gartenbesitzer und Blumenfreunde wird es interessieren, dass ein neues Katalog Gartenbuch von M. Petersens Blumengärtnereien in Erfurt erschienen ist. Es wird eingeleitet mit den Worten: „Grab einen Quell in dürre Wüstensand, pflanz einen Baum im edles Heidefeld, auf dass er Wänderer, der nach vielen Jahren an Deinem Quell sich labt, an Früchte bricht von Deinen Bäumen, froh Dich segnend spricht: ein guter Mensch ist dieses Weges gefahren.“

Das Katalog Gartenbuch wird — man wende sich direkt an die Gartnereien Petersens — kostenlos versandt.

Geschäftsführer (Sekretär)

für unsere Hamburger Verbands-Filiale gesucht.

Bewerber müssen die deutsche Arbeiterbewegung von Grund aus kennen und praktische gewerkschaftliche Arbeit geleistet haben. Ferner wird Kenntnis unserer sozialpolitischen Gesetzgebung und deren Praxis verlangt, sowie ein gewisses Vertrauen mit dem kommunalpolitischen Leben.

Beherrschung der freien Rede und der deutschen Schriftsprache unerlässlich.

Die Anstellung soll im Monat Oktober d. J. erfolgen. Schriftliche Offerten sind zu richten an unser **Hamburger Sekretariat**, Adresse: S. Schönberg, Sürter 11111, Hamburg.

Hansa-Biere

sind unter Garantie nach den Bestimmungen des bayr. Brau-Gesetzes nur aus Malz und Hopfen eingebraut und mit 5 goldenen Medaillen prämiert.

Hansa-Brauerei-Gesellschaft
Hamburg.

Fernsprecher Amt IV, 360.

H. W. Harms, Hamburg
Steinkohlen



Stadtkontor: Bergstr. 14



Lager: Jenischstr. 31



Fernsprecher: Amt I, 3794

Fernsprecher: Amt V, 525

Hinweisend auf die Mitteilung des Vorstandes in diesem Blatte, offeriere ich den Mitgliedern des Vereins meine Feuerungsmaterialien zu nachstehenden günstigen Preisen und Bedingungen, lieferbar bis auf weiteres:

Monatliche Teilzahlungen ohne Aufschlag gestattet

Für Zahlungen innerhalb 4 Wochen, ab Lieferungstag gerechnet, gewähre ich

5% Rabatt

| | per D.-H. | per Cbm. |
|---|----------------|-----------|
| Ia Yorkshire Nusskohle, 3fach gesiebt | 2,80 Mk. | 15,50 Mk. |
| Prima Schotten Nusskohle, 2fach gesiebt | 2,55 " | 14,00 " |
| " Singles | 2,30 " | 12,75 " |
| " Steinkohlengrus | 2,00 " | 11,25 " |
| " Anthracitnuss, gereinigt und gesiebt | 1,90 " p. Ctr. | 31,50 " |
| Cinder, gemahlen | 2,40 " | 13,25 " |
| Westph. Brechkoks, Korn bel. | 2,70 " | 14,85 " |
| Braunkohlenbriketts | per 1000 Stück | 7,50 " |
| Kleinkolz | per Korb | 0,60 " |

Kokes für Zentralheizungen, Anthracitkohlen, Peas für Cadé-Ofen und Kaminkohlen, sowie alle sonstigen Brennmaterialien in anerkannt vorzüglicher Qualität.

Die Preise verstehen sich bei Abnahme von mindestens 6 D.-H. oder mindestens 1 Cbm. Für Lieferungen ausserhalb der Vororte Hamburgs tritt ein Aufschlag von 1 Mk. per Cbm. ein.

Bitte genau auf meine Firma zu achten!

Totenliste des Verbandes.

Karl Niemann
Wangenburg
 * 28. August, 45 Jahr alt
Frank Lub, Berlin, K.3.
 * 4. September, 31 Jahr alt
Georg Hölzel
Fürth in Bayern
 * im Alter von 68 Jahren
Willi Reinhardt
Hamburg
 * 14. September, 24 Jahr alt
Saura Kohl, Berlin XI
 * 17. September, 22 Jahr alt
Jakob Müller, Karlsruhe
 * 16. September, 57 Jahr alt
 Ehre ihrem Andenken!

Achtung! Achtung!
Mitglieder der
Sektion Berlin III.
 Die nächste
Sektionsversammlung
 findet am **22. Oktober** statt.
 Der Vorsitzende Gustav Lehren-
 engel, nahm Minderer, König
 Dondjenski, 50., der Kassierer
 Eduard Wollmann vom 1. Ok-
 tober 1905 ab Berlin O. 24.
 Ebertstr. 33., der Schriftführer
 August Kohl, Berlin, Wiener-
 straße 5.

In ihrem Kollegen
Wilhelm Simon
 und seiner Frau
Friederike Sonnck
 zum heutigen Hochzeitstage
 unsere herzlichste Gratulation
 Frankfurt a. M., 24. Sep. 05.
Die Kollegen.

Ihrem Verbandskollegen
 und Vertrauensmann
W. Schlimper
 zu seinem 25-jähr. Dienst-
 jubäum die herzlichsten
 Glückwünsche
Die Verbandskollegen
Leipzigs.

Veriammlungskalender der Filiale Groß-Berlin.

| Filiale | General-Versammlung | 25. Januar | 3. Mai | 2. August | 1. November |
|---|---|--|----------------------------------|--------------------------------|------------------------------|
| Filiale Groß-Berlin | Filial-Versammlung | 22. März | 21. Juni | 20. September | 6. Dezember |
| Sektion I Sämtl. händlichen Gasanstalten Händl. Kohlenpläne | Gemeins. Sekt.-Vers. | 9. Februar | 11. Mai | 17. August | 15. November |
| | Gemeins. Vertr.-Vers. | 19. Januar | 20. April | 20. Juli | 19. Oktober |
| | Jeder Betrieb für sich | nach Bedarf | | | |
| Sektion II Stammlieferer, Stiefelfelder | Sektions-Versammlung | 4. Februar 19. August 29. Decemb. +) | 4. März +) 30. Sept. +) | 27. Mai 28. Oktober | 24. Juni +) 25. November |
| | Vertr.-Versammlung | 7. Januar | 29. April | 22. Juli | 14. Oktober |
| | Betriebs-V. i. Hessefelder | nach Bedarf | | | |
| Sektion III Recl. Wasserwerke Friedrichshagen *) Tegel *) | Sektions-Versammlung | 22. Januar 5. August | 5. März +) 2. u. 9. Sept. +) | 19. April 28. Oktober | 4. Juni +) 3. Decemb. +) |
| | Sektions-Versammlung | 28. Januar +) 28. September | 25. März +) 25. Oktober +) | 26. April +) 25. November | 29. Juli +) 28. Dezember |
| | Sektions-Versammlung | 16. Januar +) 3. Juli +) | 18. Februar 14. August | 8. April +) 2. Oktober +) | 15. Mai 13. November |
| | Vertr.-Versammlung i. Berlin, Friedrichshagen, Tegel, Lichtenberg und Westend * | 18. Januar | 14. April | 14. Juli | 13. Oktober |
| Sektion IV Englische Gasanstalten | Sektions-Versammlung | 9. Januar | 10. April | 10. Juli | 9. Oktober |
| | Betriebs-Versammlung für Glöcknerstraße | 1. Februar 11. September | 17. April 16. Oktober | 5. Juni 4. Dezember | 7. August |
| | Betriebs-Versammlung für Schöneberg | 23. Januar 19. Juni 4. Dezember | 20. Februar 24. Juli | 20. März 18. September | 8. Mai 23. Oktober |
| | B.-V. i. Wilmersdorf u. Wied.-Schönevelde | nach Bedarf | | | |
| | Betriebs-Versammlung für Mariendorf | 23. Januar 16. Oktober | 17. April 18. November | 19. Juni 18. Dezember | 18. September |
| | Betriebs-Versammlung Ober-Schönevelde | 14. Oktober | 18. November | | |
| Sektion V Straßenreiniger | Sektions-Versammlung | 15. Januar 17. Juli | 18. Februar +) 4. Septemb. +) | 17. April 15. Oktober | 5. Juni +) 4. Dezember +) |
| | Vertr.-Versammlung | 5. März | 15. Mai | 14. August | 18. November |
| Sektion VII Bäck- und Schlachthof | Sektions-Versammlung | 20. Januar 21. Juli | 17. Februar +) 18. August +) | 14. April 20. Oktober | 19. Mai +) 17. Novemb. +) |
| | Vertr.-Versammlung | 10. Februar | 5. Mai | 4. August | 3. November |
| Sektion X Möhrenbrenner u. öffentl. Beleucht. | Sektions-Versammlung | 7. Januar 9. Juli | 25. Februar +) 27. August +) | 8. April 8. Oktober | 27. Mai +) 26. Novemb. +) |
| Sektion XI Strahlen und Trennbauer | Gemeins. Sekt.-Vers. | 1. Februar | 26. April | 26. Juli | 11. Oktober |
| Sektion XIII Bademännchen | Sektions-Versammlung | 5. Februar +) 6. August +) 8. Dezember | 5. März 24. September | 7. Mai +) 15. Oktober | 25. Juni 5. November |
| Sektion XV Kocharbeiter, Steinpläne | Sektions-Versammlung | 14. Januar +) 15. Juli +) | 4. März 2. September | 22. April +) 14. Oktober +) | 3. Juni 2. Dezember |
| | Vertr.-Versammlung | 24. Februar | 26. Mai | 25. August | 24. November |
| Sektion Lichtenberg | Sektions-Versammlung | 18. Januar 19. Juli | 8. Mai +) 6. Septemb. +) | 19. April 18. Oktober | 7. Juni +) 20. Novemb. +) |
| Sektion Rixdorf | Sektions-Versammlung | 12. Januar +) 6. Juli +) | 21. Februar 24. August | 12. April +) 5. Oktober +) | 25. Mai 23. November |
| Sektion Charlottenburg | Sektions-Versammlung | nach Bedarf | | | |
| Sektion Schöneberg | Sektions-Versammlung | Jeden Sonntag nach dem 15. d. Mis. | | | |

* Die Sektionen III, Friedrichshagen, Tegel, Lichtenberg und Bickand halten nur gemein-
 schaftliche Vertrauensmännerversammlungen ab
 + Die mit diesem Zeichen versehenen Versammlungen gelten als Betriebsversammlungen.